

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 190 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 11/2010 VOM 3. DEZEMBER 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

7 | **Nötigung gegen Protestkunden**

Die EWE als Stadtwerke-Nachfolgerin

10 | **Will das Volk den Sozialismus?**

Die LINKE und das Volk

14 | **Der Abstieg eines Kriegerstaates**

Deutschland vor dem 1. Weltkrieg

Der Aufstand der Unanständigen

Gedanken zum 9. November 2010

Überall in Deutschland brannten am 9. November 1938 Synagogen, jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert, jüdische Bürger mißhandelt und ermordet. Etwa 30.000 Männer wurden in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Im Gedenken an die Pogromnacht von 1938 und angesichts eines faschistischen Anschlages auf die Düsseldorfer Synagoge fanden sich am 9. November 2000 mehr als 200.000 Demonstranten am Brandenburger Tor ein, um gegen Antisemitismus und Neonazismus ein Zeichen zu setzen. Es war die Zeit des »Aufstandes der Anständigen« – im »Antifa-Sommer 2000«. Paul Spiegel – damaliger Vorsitzender des Zentralrats der Juden – sprach auf der Demonstration: »Meine Damen und Herren Politiker: Überlegen Sie, was Sie sagen, und hören Sie auf, verbal zu zündeln! Schützen Sie die Menschen in diesem Land, und schaffen Sie Rahmenbedingungen, damit wir alle gemeinsam leben können.«

Lang, lang ist es her. Zu diesem Schluß muß man in diesen Wochen kommen. Zehn Jahre nach dem kurzen »Sommer der Anständigen« feiert der »Rassismus der Mitte« den Ex-Bundesbanker Sarrazin, den niederländischen Politiker Wilders, die Bundesfamilienministerin Schröder und Bayerns Ministerpräsidenten Seehofer. Nicht der jugendliche Neo-Nazi oder der klapprige Alt-Nazi stürmen die Buchläden und verhehlen dem rassibiologischen Unfug eines Ex-Bankers zum Spitzenplatz unter den Sachbuchbestsellern, sondern die breite Mitte der Gesellschaft. Und der Rechtspopulist aus den Niederlanden zieht in Berlin 700 gutgekleidete und gutsituierte Bürger an, die dem blonden Demagogen Applaus zollen.

Das Jahr 2010 ist das Jahr des »Aufstandes der Unanständigen«. Diese düstere Prognose wird eindrucksvoll durch die Sozialforschung untermauert. Die jüngste Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel »Die Mitte in der Krise – rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010« fördert Erschreckendes zu Tage. Danach stimmen

23,6 Prozent der Deutschen der Auffassung zu, daß Deutschland »eine einzige starke Partei braucht, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Jeder Dritte wünscht sich ein »hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland«.

Der Anteil der rassistisch Eingestellten stieg auf ein Viertel der Bevölkerung im Vergleich zu 2008, als ein Fünftel ausländerfeindliche Aussagen bejahten. Gestiegen sind auch die Zustimmungswerte zum »Führerprinzip« und zum Antisemitismus. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung unterstützt die Forderung: »Die Religionsausübung für Muslime in Deutschland gehört erheblich eingeschränkt.« Grundrechte gelten da nicht mehr. In den neuen Ländern bei vollkommener Abwesenheit »real existierender Muslime« kommt sogar ein Wert von 75,7 Prozent zustande.

Die Studie kommt zu zwei bemerkenswerten Schlüssen: Zum einen habe die von Sarrazin ausgelöste Debatte zu einer Enthemmung geführt, sich zu ausländerfeindlichen Aussagen zu bekennen, und zum anderen habe die vollständige Unterwerfung unter die ökonomische Logik des Neoliberalismus eine deutliche entdemokratisierende Wirkung. Unter dem Primat der Ökonomie würden vermeintlich nicht-nützliche Bürger herabgewürdigt und angefeindet. Diese um sich greifende Ideologie der Ungleichheit der Menschen, diese Unterscheidung in diejenigen, »die etwas bringen würden« und in diejenigen, die eine vermeintliche Belastung für die Gesellschaft darstellten, greift um sich wie eine Pandemie. Dagegen waren Vogelgrippe und Schweinepest mediale Phantasmen.

Selbst dort, wo eigentlich Solidarität, Internationalismus und der Gleichheitsgedanken hochgehalten werden, wird zwar einer Erika Steinbach Paroli geboten, aber für Sarrazins Thesen findet sich bei viel Ablehnung auch still geäußerte Zustimmung. Wenn sich die gesell-

Fortsetzung Seite 2

Es war nicht der »heiße Herbst«, den verschiedene politische Kräfte herbeireden wollen, aber es war der Versuch von Ver.di und DGB am 29. Oktober auf dem Eberswalder Marktplatz die Fortsetzung des aktuellen Sozialrassismus anzuprangern.

Die »Reformen von Hartz IV« wurden mit dem Schlemmerstübchen charakterisiert, Unterschriften gegen die »Kopfpauschale« gesammelt und die Niedriglöhne als Armutsquelle thematisiert. Mit einem Pfeifkonzert fünf Minuten vor 12 machten die Teilnehmer lautstark auf den Handlungsbedarf aufmerksam.



Wege ins Nirgendwo?

Die 20jährigen Jubiläen häufen sich. Das Stadtmuseum kommt seinem „Bildungsauftrag“ nach, indem es per Exklusivvertrag mit der Birthlerbehörde den Mainstream garantiert. Doch ein Jubiläum wurde nicht gefeiert.

„Keine Gewalt“ war eine prägende Losung der Wendezeit. Heute in mehrfacher Hinsicht fast vergessen. Aus einer Initiative der im November 1989 gebildeten Arbeitsgruppe „Frieden und Entmilitarisierung“ vom NEUEN FORUM entwickelte sich damals in Eberswalde das Begegnungszentrum „Wege zur Gewaltfreiheit“. Im Dezember '89 veröffentlichte die AG ihr zweites Papier, das erst heute in der BRD aktuell wird.

„Wir stellen auch die Wehrpflicht in Frage“, hieß es in dem Papier, in dem sich die AG zugleich als Ansprechpartner in Sachen Kriegsdienstverweigerung empfahl. Die erste Beratung zur Wehrpflicht wurde am 3. März 1990 durchgeführt. Im April 1990 veröffentlichte die AG „Frieden und Entmilitarisierung“ ihr erstes Informationsblatt, später unter dem Namen „Wege“ bekannt, und die Idee, ein Friedenszentrum einzurichten. Ein Jahr später öffnete das Begegnungszentrum „Wege zur Gewaltfreiheit“ seine Pforten. Zahlreiche Veranstaltungen, die Frieden und Gewaltfreiheit zum Thema hatten, folgten.

Daneben entwickelte sich das Begegnungszentrum in den 90er Jahren zu einem kulturellen Zentrum in Eberswalde. Viel hatte damals Udo Muszinsky, der heute eng mit der Kreisverwaltung zusammenarbeitet, zum Erfolg des Begegnungszentrums beigetragen. So manche der damaligen Veranstaltungsreihen, wie beispielsweise „Jazz in E“, überdauerte die Zeit.

Das Thema „Gewaltfreiheit“ indes scheint nach 20 Jahren vergessen. Der Kreistag hatte sich unter maßgeblichem Engagement des Landrats schon vor 10 Jahren vom Beschluß zur Militärfreiheit verabschiedet. Die Eberswalder Zivilgesellschaft beging das Jubiläum auf ganz eigene Art. Still und leise verschwanden die „Wege zur Gewaltfreiheit“ nach von der Bildfläche. Bis zum Frühjahr 2010 hatte das Begegnungszentrum noch sein Domizil in der Brautstraße in einer Bürogemeinschaft mit dem Bündnis 90/Die Grünen Barnim. Als deren Landtagsabgeordneter Axel Vogel sein Wahlkreisbüro im Volksbankgebäude einrichtete, zog auch die Kreisgeschäftsstelle der Bündnisgrünen nach dorthin um. Bundespolitisch hatten die Grünen die Wege zur Gewaltfreiheit schon 1998/99 verlassen.

So blieb das Begegnungszentrum „Wege zur Gewaltfreiheit“, das seit geraumer Zeit kaum noch etwas zu den Mietkosten beitragen konnte, auf der Strecke.

GERD MARKMANN

Beratung für Kriegsdienstverweigerer mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«, das gegenwärtig keine Büroanschrift mehr hat.
Tel. 03334/386357, Termine nach Vereinbarung

Fortsetzung von Seite 1

Der Aufstand der Unanständigen

Gedanken zum 9. November 2010

schaftliche Mitte verfinstert, dann fallen die düsteren Schatten auch auf DIE LINKE. Im Rahmen der Diskussion zum Entwurf für ein Parteiprogramm der LINKEN sind auch Aussagen zum Besten gegeben worden, die sich eines antimuslimischen Rassismus und einer chauvinistischen deutschen Überheblichkeit bedienen. Nicht nur diese Herausforderung ist von uns aufzunehmen. Wir werden auch lange darauf warten müssen, bis es eine wirklich wirksame, öffentlich deutliche Zurückweisung der derzeitigen Debatten gibt.

Meinungsmacher wie die BILD hofieren seit Wochen übelsten Rassismus und Nationalismus mit Worten wie: »Jetzt spricht endlich jemand Klartext.« Und dieses Sich-Bahnbrechen in allen Bereichen der Medien – nicht nur des Boulevards – ist noch lange nicht vorbei.

Wir werden nicht lange darauf warten müssen, bis den Worten Taten folgen und bis jene, die sich schon eh und je als Vollstrecker einer lautlosen Meinung in der Bevölkerung verstanden haben, aufgestachelt durch die Vehemenz und Unverblümtheit der derzeitigen Hetze zur Sache kommen. Die NPD feiert nicht nur Sarrazin, sondern auch die oben genannte Studie als Beleg dafür, »daß Deutschland noch nicht verloren ist«. Mit Grauen erinnert man sich an die Jahre 1992/93, in denen vor dem Hintergrund

einer massiven politischen Kampagne gegen Flüchtlinge todbringende neonazistische Anschläge und Ausschreitungen in Hoyerswerda, Mölln, Solingen und Rostock-Lichtenhagen verübt wurden. Daher sollten wir am 9. November 2010 nicht nur der Pogromnacht 1938 gedenken, sondern mit Überzeugung und Wissen gegen Neonazismus, Rechtspopulismus und Rassismus aktiv werden.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat ein sehr gutes Argumentationsmaterial gegen die Thesen Sarrazins erstellt. In Zeitungen wie »Neues Deutschland«, »Junge Welt« und anderen finden sich viele hilfreiche Artikel. Aber bei allen theoretischen Beschäftigungen bleibt das Kriterium für die Wahrheit immer noch die Praxis. Verteidigen wir die Menschenwürde der Hartz-IV-Bezieher mit genauso viel Eifer, wie wir uns gegen die Abschiebung der Roma-Familie in Gotha wenden. Der »heiße Herbst« kann vom »Antifa-Sommer« lernen. Der soziale Aufstand kann nur in Solidarität mit allen Schwachen geführt werden. Dann hat der »Aufstand der Unanständigen« keine Chance.

MARTINA RENNER,

Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE
im Thüringer Landtag

aus »klarsicht – Die linke Kleinzeitung für den Landkreis Gotha« 11/2010

Es ist Krieg. Entrüstet euch!

Frieden kommt nicht mit Gewalt. Von oben nicht und nicht von selbst. Darum lautet das Thema der 30. Ökumenischen FriedensDekade »ES IST KRIEG. Entrüstet euch!«

Junge Leute aus dem Jugendtreff Offene Hütte in Bernau und von der evangelischen Jugendarbeit Barnim organisieren in diesem Rahmen vom 13. November, 15 Uhr, bis zum 14. November, 3 Uhr, eine 12-Stunden-Lese-Aktion in der St.-Marien-Kirche Bernau mit Texten zu Krieg und Frieden aus der Bibel und von anderen Autorinnen und Autoren.

Alle 15 Minuten wird ein/e Lesende/r am Mikro einen Bibeltext zu Krieg und/oder Frieden lesen und eventuell noch einen »weltlichen« Text. Zwischen den Lesungen wird ruhige Musik eingespielt, ist Zeit zur Besinnung, zum Nachlesen usw. Wir brauchen also 48 Lesende und hoffen auf sehr unterschiedlich Vortragende, auf junge und alte, auf prominente und weniger bekannte, auf gut, bestens und weniger gut lesende Menschen (auch mit Leserechtschreib-Schwäche und mit Akzent), und natürlich auf möglichst viele Zuhörende.

Herzliche Einladung zur Beteiligung an der Lese-Aktion: Wenn Sie einen Bibeltext und – wenn Sie mögen – einen anderen kurzen Text lesen wollen, terminlich zusagen oder uns anders unterstützen können, dann melden Sie sich möglichst rasch bei uns. Vorgelesene Texte

werden auch an der Friedenssäule (aus Holz) in der Kirche befestigt. Bei Bedarf schicken wir auch eine Auswahl biblischer Texte zu.

Die Zuhörenden können jederzeit von 15 bis 3 Uhr in die Kirche kommen und wieder gehen, im Jugendtreff Offene Hütte eine Pause bei Tee/Kaffee/einfachem Essen machen, von 16 bis 18 und von 20 bis 22 Uhr mit einer PfarrerIn bzw. einem Pfarrer in der Nähe zu den Texten und theologischen Fragen ins Gespräch kommen.

Während der Aktion sammeln wir Geld zu Gunsten des Jugenddankopfers in unserer Landeskirche – in diesem Jahr für ein Projekt zur Integration ehemaliger Kindersoldaten in Uganda. Damit sollen Anti Gewalt Trainings, Therapien und Handwerksmaterial für eine Erwerbstätigkeit vor Ort finanziert werden.

Außerdem laden wir Kinder, Jugendliche und Erwachsene zeitgleich ein zur eigenen Ausrüstung: Gewalt und Krieg verherrlichendes »Spielzeug«, Waffen, Filme, PC-Spiele etc. können in der Offenen Hütte, Am Kirchplatz 10 abgegeben werden. Wer möchte, kann sich friedlichen Ersatz mitnehmen.

DIETER GADISCHKE

Vom Energieriesen abkoppeln 1.233 Einwendungen

Zur Sitzung der Stadtverordneten am 30. September hatte Bernd Pomraenke die Einwohnerfragestunde genutzt, um auf die beabsichtigte Nutzung im Eberswalder Holzkraftwerk (HOKAWE) anfallende Wärmeenergie für die Fernwärmeversorgung in Eberswalde zu nutzen (BBP 10/2010). Die lokale Tageszeitung informierte Mitte Oktober über den baldigen Baubeginn (»Bald startet Bau neuer Trasse für Fernwärme«, MOZ v. 16./17.10.2010). Nachfolgender Beitrag entstand als Leserbrief für die MOZ, fand dort bislang aber keine Berücksichtigung.

Das liest sich gut für den wenig informierten Mieter in fernbeheizten Wohnungen, denn es weckt die Hoffnung auf niedrigere Heizungskosten. Die waren in den letzten Jahren rasant gestiegen und machten die Einsparbemühungen der Mieter zunichte. Trotz Rückgang der Wärmeabnahme hatten die Stadtwerke durch Preiserhöhungen ihren Umsatz und ihren Gewinn gesteigert. Daran dürfte sich nichts ändern, wenn jetzt das Stadtwerkegeschäft vom Energieversorger EWE fortgeführt und Fernwärme aus dem HOKAWE eingespeist wird. Die Botschaft, daß durch die Abwärme des HOKAWE mehr Unabhängigkeit von den Gaspreisen erreicht und dies sich für die Kunden auszahlen wird, hör ich wohl, die bisherige Praxis läßt aber nur Gewinnsteigerungen bei EWE erwarten.

Der aufmerksame Zeitungsleser weiß, daß die Energieversorger reihenweise Prozesse verloren haben und der Preistreiberei überführt wurden. Einkaufspreissteigerungen wurden überhöht und Einkaufspreissenkungen nicht oder nur teilweise an die Kunden weitergegeben. Die gerichtlich erzwungenen Preisreduzierungen für die Kunden werden durch die zu erwartenden neuen Preisanhebungen mehr als wettgemacht. Dem stehen die Kunden relativ machtlos gegenüber.

Die städtische Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) als Durchreicher der Fernwärmekosten hat bisher eine eher unrühmliche Rolle gespielt. Statt in Wahrnehmung treuhänderischer Pflichten für die Mieter unbillige Preisforderungen der Stadtwerke abzuwehren, hat sie das gesetzliche Transparenzgebot der Fernwärmepreise nicht erfüllt und den Mietern Klagemöglichkeiten genommen. Dies ist besonders kritisch zu bewerten, da es sich bei der WHG um eine Gesellschaft der Stadt handelt mit dem Bürgermeister als Gesellschaftervertreter der Stadt und als Aufsichtsratsvorsitzenden.

Um durch Nutzung der Abwärme des HOKAWE zu sinkenden Heizkosten für die Mieter zu kommen, muß sich die Stadt vom Energieriesen EWE abkoppeln. Es stellen sich solche Fragen wie

- Abschluß von Direktverträgen der WHG mit dem HOKAWE,
- Umstellung von Fernwärme auf Nahwärme (Anlagen mit Kraftwärmekopplung in den Wohnblöcken),
- Eventuelle Übernahme der derzeitigen Wärmeerzeugungsanlagen in den Wohngebieten bzw. Errichtung WHG-eigener neuer Anlagen.

Wenn nun die Vertragsverhandlungen zwischen EWE und HOKAWE schon kurz vor dem Abschluß stehen, muß man fragen, wo war denn da bisher die Stadt. Die hat die Entwicklungen bisher nur »beobachtet«, wie im städtischen Hauptausschuß auf Anfrage geantwortet wurde. Die Abgeordneten wurden über die für die Stadt bzw. für die WHG anstehenden Fragen nicht informiert und es wurden auch keine Entscheidungsvorschläge unterbreitet.

Sind womöglich bereits wichtige Entscheidungen versäumt worden? Dabei geht es nicht um irgendwelche Nebensächlichkeiten, sondern um 80% der Wärmeversorgung für die fernbeheizten Eberswalder Wohnungen, die meisten davon im Eigentum der WHG. Welche Rolle spielen also die unmittelbaren Bürgerinteressen in der Arbeit der Stadtverwaltung, wie nimmt die Verwaltung ihre Informationspflichten gegenüber den Abgeordneten und Bürgern wahr, wo bleibt die Kompetenz der Stadt in wirtschaftlichen Fragen zum Vorteil der Bürger? Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang auch die Erwägungen zur Wiedergründung eigener Stadtwerke.

Fragen, die sich auch Bürgermeister Boginski anläßlich seines bürgermeisterlichen Bergfestes stellen sollte.

ALBRECHT TRILLER

Auf seiner Homepage (www.lbgr.Brandenburg.de) informiert das Landesbergamt am 8. Oktober über das Ende der Auslegungs- und Einwendungsfrist im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen, die irreführenderweise als »Uckermarkleitung« bezeichnet wird, denn sie quert von Prenzlau kommend den Barnim und endet in Märkisch-Oderland.

Am Verfahren, so das Bergamt, wurden »19 Städte und Ämter sowie 73 Träger Öffentlicher Belange beteiligt. Insgesamt sind 1.233 Einwendungen von Betroffenen und 70 Stellungnahmen von Trägern Öffentlicher Belange eingegangen. In der Mehrzahl konzentrieren sich die Einwendungen und Stellungnahmen auf Befürchtungen von gesundheitlichen Schäden, technische Alternativen und den Schutz der Biosphäre Schorfheide-Chorin«. Daß die Trassenanlieger vor allem auch den Wertverlust ihrer Immobilien und Einbrüche in der Tourismusbranche fürchten, scheint dem Bergamt bei der ersten Sichtung der Unterlagen entgangen zu sein. Hier ist man geneigt, eine etwas sorgfältigere Lektüre der Einwendungen und Stellungnahmen anzumahnen. Das Bergamt weist vorsorglich darauf hin, daß die »weitere Sichtung, Aufarbeitung und Bewertung« der Unterlagen »mehrere Monate beanspruchen« wird. Neueinstellungen zur zügigeren Abwicklung des Verfahrens hat es nicht gegeben, verlautete aus dem Bergamt.

Bei den Stellungnahmen von Trägern Öffentlicher Belange, die bisher bekannt geworden sind (vgl. BBP 9/2010, Eberswalde, Amt Britz-Chorin-Oderberg, Naturschutzverbände und Naturfreunde, Biosphärenreservat) handelt es sich um eindeutige und durch hochkarätige Gutachten fundierte Ablehnungen der Freileitungspläne. Gegen die Opal-Leitung (Erdgastasse), deren Planfeststellung vor einigen Monaten mit der Genehmigung abgeschlossen wurde, hatte es nach Auskunft des Bergamts nur »einige hundert Einwendungen« gegeben, die sich vor allem gegen die Standorte der Verdichtungsstationen richteten.

Vielleicht begreift 50 Hertz Transmission das als Anregung, ernsthaft über eine Erdverkabelung nachzudenken, um die Akzeptanz seines Netzausbaus zu erreichen (vgl. BBP 10/2010).

HARTMUT LINDNER

Nahwärmegebiete in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Bezugnehmend auf eine Anfrage der Stadtverordneten Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne) teilte der Eberswalder Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff auf der Stadtverordnetenversammlung am 30. September mit, daß das Ingenieurbüro Dieme im Auftrag des Landkreises Barnim eine Untersuchung zu den Potentialen der Nahwärmeversorgung durchgeführt hat. Folgende Straßenzüge werden von dem Ingenieurbüro als Nahwärmeversorgungsgebiete vorgeschlagen:

Karl-Marx-Ring, Freienwalder Straße/Waldstraße, Wildparkstraße, Walter-Kohn-Straße/Karl-Klay-Straße, Walter-Kohn-Straße, Wolfswinkler Straße/Straße des Friedens, Heegermühler Straße/Teuberstraße, Messingwerksiedlung, Freienwalder Straße/Tornower Straße, Kita »Spielhaus« in der Tornower Straße, Werbelliner Straße/Boldtstraße, Ebersberger Straße/Tornower Straße, Humboldt-Gymnasium. Der jährliche Wärmeverbrauch in diesen Gebieten wird mit 19.000 Megawattstunden

(MWh) angegeben. In den Fernwärmegebieten der Stadt werden derzeit rund 60.000 MWh verbraucht.

Einen Anschluß- und Benutzungszwang für Fern- oder Nahwärme gibt es in Eberswalde derzeit nicht. Eine Entscheidung darüber obliegt den Stadtverordneten. Die Anfang der 90er Jahre verabschiedete Fernwärmesatzung wurde von den Stadtverordneten nach dem Verkauf der städtischen Anteile an den Stadtwerken aufgehoben.

Kein Eberswalder geeignet

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Stadtverwaltung kommt ihrer Verantwortung, auch etwas zur Ausbildung von Fachkräftenachwuchs zu tun, nach. Drei Lehrlinge sind im September 2010 neu eingestellt worden. Allerdings zeigte sich kein Bewerber aus Eberswalde für den Job geeignet. Insgesamt waren 80 Bewerbungen eingegangen. Nach einem Eignungstest, an dem alle Bewerberinnen und Bewerber teilnahmen, wurden 10 Jugendliche ausgewählt, die zu einem Gespräch eingeladen wurden. »Im Ergebnis konnten im Hinblick auf das zu beachtende Anforderungsprofil«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski auf die entsprechende Anfrage von Günter Schumacher (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde), »keine Eberswalder Jugendlichen berücksichtigt werden.«

Spielplatz in Elterninitiative

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 15. Oktober eröffnete Baudezernentin Anne Fellner gemeinsam mit Kerstin Reiter für die Elterninitiative und Kindern einen neuen Spielbereich in der Clara-Zetkin-Siedlung, am Anger, nahe der Freiwilligen Feuerwehr. Vor einem Jahr hatten engagierte Eltern nach einem Fackelumzug durch die Siedlung mit einer Unterschriftenaktion das Interesse für einen Spielplatz erkundet. Ein Rundgang zur Ortsbestimmung, gemeinsame Ideenfindung mit Kindern, Eltern und Stadtverwaltung und die Abstimmung, wer was übernehmen könnte, folgten. Die Stadt investierte ca. 8.000 Euro Kletterturm mit Rutsche, Netz und Rampe, zwei Federtiere, eine Bank und einen Papierkorb. Ein Kern von sechs Familien war dann auch ganz praktisch mit im Einsatz. Freiwillige Feuerwehr, Siedlerverein und Anwohner kamen spontan dazu. Aus dem Stadtwald kamen für einen Balancierparcour Robinienhölzer, den die Eltern in Eigeninitiative errichteten.

Obdachlose in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die in jüngster Zeit in der Presse diskutierten Probleme im Zusammenhang mit der vom SPD-Kreistagsabgeordneten René Devrient betriebenen Obdachlosenunterkunft in der Döllner Heide waren der Eberswalder Stadtverwaltung nicht bekannt. Das erklärte der Erste Beigeordnete Lutz Landmann zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. September. Die bereits in der Berliner Zeitung vom 4. Oktober 2007 erfolgte Berichterstattung zum Thema fand keine Erwähnung. Anfang Oktober werde er die Einrichtung am Großen Döllensee aufsuchen, um sich selbst ein Bild zu machen. Bis zur Klärung der Vorwürfe werde die Stadtverwaltung keine obdachlosen Bürgerinnen und Bürger in die Döllner Heide vermitteln. Derzeit erfolge die Unterbringung von obdachlosen Personen über den Verein »Treberhilfe«, der seit etwa einem Jahr in Eberswalde aktiv ist. Weitere alternative Möglichkeiten, so Landmann, werden geprüft.

Der starke Mann von Eberswalde

Die Fraktion »Die Fraktionslosen« hatte in der Sitzung der Stadtverordneten am 30. September eine Vorlage eingebracht mit dem Ziel, die Bestimmungen zur Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden der WHG zu verändern. Hintergrund dieser Vorlage war die Festlegung der neuen Kommunalverfassung, daß die hauptamtlichen Bürgermeister die Stadt in ihren kommunalen Unternehmen vertreten. Bis dahin war es möglich, und so wurde es in Eberswalde praktiziert, daß der Hauptausschuß als Gesellschafterversammlung der kommunalen Gesellschaften wirkt. Nunmehr aber ist der Bürgermeister in der WHG zugleich Gesellschaftervertreter und Aufsichtsratsvorsitzender, denn laut WHG-Gesellschaftsvertrag ist der Bürgermeister auch Vorsitzender des Aufsichtsrates. Dies ist zulässig und wird vielerorts praktiziert, aber sicher nicht die beste Lösung.

Nach der Vorlage sollte eine Regelung beschlossen werden, wonach der Vorsitzende des Aufsichtsrats »aus der Mitte der von der StVV bestimmten Aufsichtsratsmitglieder« gewählt werden sollte. Da der Bürgermeister nicht zu diesem Personenkreis gehört, sondern »geborenes Mitglied« des Aufsichtsrates ist, könnte er dann

nicht mehr den Vorsitz führen. Auch diese Regelung ist zulässig, fand in der StVV aber keine Mehrheit. Durch die Doppelfunktion des Bürgermeisters in der WHG entsteht eine Aufgaben- und Verantwortungsfülle in einer Hand, die die übrigen Aufsichtsratsmitglieder abwertet. Eine Aufgaben- und Verantwortungsteilung würde das demokratische Element des von der Stadtverordnetenversammlung bestimmten Aufsichtsrates stärken. Mit der Ablehnung der Vorlage bleibt Bürgermeister Boginski in der WHG der starke Mann.

Als »starker Mann« erwies sich Bürgermeister Boginski auch in der Diskussion um dieses Thema. Er verweigerte mehrmals in der Abgeordnetenfragestunde der StVV eine Antwort auf die Frage, ob er über diese Thema schon nachgedacht hätte. Auch bei Behandlung der Vorlage in der StVV äußerte er sich nicht dazu.

Mit der Ablehnung unserer Vorlage ist das Thema demokratische Mitwirkung in kommunalen Unternehmen nicht vom Tisch. Unsere Fraktion wird demnächst eine Vorlage zum Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen einbringen.

ALBRECHT TRILLER

Bürgerbeteiligung per Internet »nicht umsetzbar«

Eberswalde (bbp). Die Beteiligung der Stadt Eberswalde an der Internetpräsentation »www.maerker.brandenburg.de« ist laut Aussage des Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff »mit einem Leistungsversprechen verbunden, das aufgrund des derzeitigen Personal- und Aufgabenbestandes der Stadtverwaltung in der Praxis derzeit

nicht umsetzbar ist«. In Potsdam, das sich an der Internetpräsentation beteilige, so Gatzlaff in seiner Antwort auf eine Einwohnerfrage in der StVV am 30. September, seien z.B. im Juni des Jahres 192 Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen, von denen ca. die Hälfte nicht abgearbeitet werden konnten.

Lärm durch den Eichwerderring

Eberswalde (bbp). Bezugnehmend auf die Beschlußvorlage zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs »Eichwerderring« und des Entwurfs der zugehörigen Lärmschutzsatzung wies der Anwohner Andreas Timm in der Einwohnerfragestunde der StVV am 30. September darauf hin, daß mehrere betroffene Bereiche vom vorgesehenen Lärmschutz nicht erfaßt werden. Das betreffe eine Streuobstwiese im Bereich der Schneiderstraße, den Bereich nördliche Schneiderstraße sowie den westlichen Bereich am Finowkanal in der Mauerstraße, den Bereich Stadtschleuse und die Finowkanal-Uferzone. Andreas Timm merkte kritisch an, daß die Anwohner zu 25 % an den Kosten des für sie belastenden Straßenausbaus tragen müssen. Desweiteren fragte er, wieso die Menschen im Bereich des altersgerechten Wohnens am Richterplatz ohne Lärmschutz bleiben sollen. Die meisten Balkons des Gebäudes und der Gartenbereich seien zur Eichwerder Straße gerichtet. Dies halte er aus Sicht der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner für sozial ungerecht. Statement und die Fragen wurden kommentarlos hingenommen.

Yvonne Michalke, ebenfalls Anwohnerin, kritisierte die unzureichende Erstattung für die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen infolge des Straßenausbaus. Pro Quadratmeter Fensterfläche seien für Schallschutzfenster, einschließlich Ausbau, Entsorgung und Anpassungsarbeiten, 500 Euro und für Lüftungseinrichtungen je Raum 600 Euro vorgesehen. Nach Recherchen von Yvonne Michalke belaufen sich die tatsächlichen Kosten auf mehr als das Doppelte der angegebenen erstattungsfähigen Kosten, was ihrer Meinung nach sozial ungerechtfertigt ist.

Sie fragte zudem, ob die Möglichkeit bestehe, daß die Betroffenen einen zinslosen Kredit erhalten können. Zugleich merkte sie an, daß die Mehrkosten für den sogenannten »Flüsterasphalt« etwa 42.000 Euro betragen.

Die Baudezernentin Anne Fellner machte darauf aufmerksam, daß die öffentliche Auslegung der Planungen zum Eichwerderring dazu diene, daß die Betroffenen Hinweise geben und auf mögliche Probleme aufmerksam machen können. Auf angesprochenen Probleme werde sie schriftlich antworten.

Zustand der Grünflächen verschlechtert

Eberswalde (bbp). Insgesamt verfügt die Stadt Eberswalde über etwa 450.000 Quadratmeter Grünflächen. Wie der Antwort auf eine Anfrage der Ortsvorsteherin des Stadtteils Eberswalde 1 Karen Oehler hervorgeht, werden davon ca. 165.000 Quadratmeter durch Fremdfirmen und 285.000 Quadratmeter durch den Bauhof betreut. Dabei gibt es drei Pflegestufen mit unterschiedlicher Pflegeintensität.

Seit 2006 sind die Mittel für Grünlandpflege von mehr als 141.000 Euro auf aktuell etwa 95.000 Euro reduziert worden. Für manche Flächen sind daher die Pflegestufen verändert

worden. Im Jahr 2010 wurden die Gehölze in Pflegestufe 3 auf einen Pflegegang reduziert. Außerdem wurden knapp 14.000 Quadratmeter alte Gehölzflächen aus der Pflege durch die Fremdfirma genommen. Die Pflege dieser Flächen werden jetzt, in Abhängigkeit von den vorhandenen Kapazitäten, durch den Bauhof mit erbracht. »Die Änderungen der Pflegestufen und Reduzierung der Pflegegänge aufgrund der geringen finanziellen Mittel haben zur Folge«, so die städtische Baudezernentin Anne Fellner, »daß sich der Zustand der Grünflächen im Stadtgebiet verschlechtert hat«.

Volkssolidarität Barnim e.V. im 65. Jahr ihres Bestehens

Kompetent in allen sozialen Fragen

Die Volkssolidarität Barnim ist ein eingetragener gemeinnütziger Wohlfahrtsverband mit derzeit 4.400 Mitgliedern. 440 ehrenamtliche Mitarbeiter betreuen diese Mitglieder in 60 Ortsgruppen. Besuche bei Erkrankung, Nachbarschaftshilfe, Ehrungen zu Jubiläen und Geburtstagen, Reisen und Ausflüge und in immer größeren Maße bildende und unterhaltende Veranstaltungen prägen heute das Bild des Ehrenamtes. Neben der großen Zahl Ehrenamtlicher sind heute 220 Hauptamtliche in vielen öffentlichen Aufgabenbereichen tätig.

Das Einzugsgebiet der Volkssolidarität Barnim erstreckt sich von Lunow an der östlichen Landesgrenze bis nach Blumberg am Berliner Stadtrand und umfaßt in erster Linie die Altkreise Eberswalde und Bernau sowie die Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin.

Die Volkssolidarität wurde am 24.10.1945 aus verschiedenen Selbsthilfeorganisationen wie »Volkssolidarität gegen Winternot« in Sachsen, »Rettet die Kinder« in Berlin und Brandenburg, »Thüringenaktion gegen Not«, »Heim und Arbeit« in Mecklenburg und »Hilfswerk« in Sachsen-Anhalt in der sowjetischen Besatzungszone gegründet. In den ersten Jahren ihres Bestehens widmete sich die VS vor allem der Hilfe für die unter den Kriegsfolgen am meisten leidenden Kinder, der Unterstützung von Umsiedlern und heimkehrenden Kriegsgefangenen und der Fürsorge für ältere und gebrechliche Menschen.

Dazu führte sie Geld- und Sachwert sammungen durch, richtete über 350 Heime und Tagesstätten für Kinder und Jugendliche sowie für Rentner und Schwerbeschädigte ein und schuf etwa 1.300 wirtschaftliche Einrichtungen wie Volksküchen, Werkstätten, Bahnhofsdienste, Nähstuben usw. In den Jahren nach Gründung der DDR gingen die sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen unseres Verbandes an die neuen Staats- und Wirtschaftsorgane über. Im Mittelpunkt der Arbeit der VS blieben die Verbreitung der Idee der Solidarität und die Organisation praktischer sozialer und kultureller Betreuung alter und behinderter Menschen in den Wohngebieten.

Nach der Wende zog sich der Staat aus der direkten Verantwortung für die Sozialeinrichtungen zurück und die Volkssolidarität knüpfte an ihre frühen Traditionen an, hilfebedürftige Menschen aller Altersgruppen durch ambulan-

te Sozialarbeit und stationäre Einrichtungen bedarfsgemäß zu versorgen.

Die Volkssolidarität Barnim ist heute zeitgemäß in den unterschiedlichsten öffentlichen Aufgabenbereichen tätig: Sozialstationen in Eberswalde und Oderberg, häusliche Krankenpflege und hauswirtschaftliche Versorgung, Beratung in allen sozialen Fragen sowie Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige von Alzheimer- und Demenzkranken. Die VS Barnim bietet im Rahmen des Kinderheimverbands Hilfe zur Erziehung für Kinder und Jugendliche in acht Wohngemeinschaften und sie betreibt Kindertagesstätten (»Regenbogen« in Eberswalde, »Wirbelwind« in Seefeld, »Melodie« in Bernau) und Jugendklubs (Eberswalde, Schorfheide, Biesenthal). In 44 Gruppen werden Rehabilitationssport und Gesundheitssporttherapie angeboten, darunter spezielle Gruppen wie Rollstuhlport, Parkinsonsport, Wassergymnastik. Die ambulante Betreuung chronisch psychisch Kranker in deren Wohnungen und in Wohngemeinschaften gehört ebenso zum Spektrum der VS, wie die Tagesstätte für chronisch psychisch Kranke in Eberswalde. Begegnungsstätten gibt es in Finow, Finowfurt, Oderberg, Biesenthal, Bernau und Rüdersdorf mit vielfältigen kulturellen und bildenden Veranstaltungsangeboten, Mittagstisch, Festen und Feiern, Möglichkeit der Durchführung von persönlichen Feiern. Die VS betreibt ein Wohnheim in Eberswalde, ein Altenpflegeheim in Biesenthal sowie Wohnanlagen für betreutes Wohnen »Betreutes Wohnen für Senioren« in Eberswalde am Richterplatz und, in Zusammenarbeit mit der WHG, in den Finowkanalterrassen in der Leibnitzstr. 33. Auch hier gibt es die vielfältigen Angebote unseres Vereins (www.volkssolidaritaet.de/cms/barnim).

Volkssolidarität Barnim e.V.

Winterdienst

Eberswalde (bbp). Der Winter 2009/2010 hatte sich von seiner eisigen und schneereichen Seite gezeigt. Der Winterdienst erntete heftige Kritik. Die Stadtverwaltung zog ihre Lehren. Am 30. September informierte Dezernent Lutz Landmann die Eberswalder Stadtverordneten über den Maßnahmenkatalog zur Gewährleistung und Optimierung des Winterdienstes. Darin heißt es: »1. Durch ausführliche Presseinformationen wird die Einwohnerschaft über Pflichten aus den Festlegungen der Straßenreinigungssatzung informiert.«

Eine weitere vorgesehene Maßnahme ist die Freihaltung des Parkplatzes »Chemische Fabrik«. Die Parkstreifen an den Straßen der Innenstadt konnten im vergangenen Winter oft nicht frei gehalten werden. Demgegenüber war der Busverkehr jederzeit gewährleistet.

In Extremsituationen soll es künftig in der Zone 4 (kein Winterdienst) Hilfen durch die städtischen Einsatzkräfte geben. Zudem ist mit dem Job-Center abgestimmt worden, daß geringfügig Beschäftigte im Winterdienst eingesetzt werden können. Mit geeigneten Firmen soll es Optionalverträge bezüglich des Einsatzes von Personal und Maschinen geben.



In den Ortsteilen Spechthausen, Tornow und Sommerfelde wird auch künftig der Landesbetrieb für Straßenwesen die Schneeräumung realisieren. Gespräche mit den Eberswalder Wohnungsgesellschaften WHG und WBG sollen zur Abstimmung der Zuständigkeiten und zur besseren Koordination in der Zusammenarbeit mit Drittfirmen führen. Zur Vermeidung von Transportkosten für den Fall einer notwendigen Ablagerung von geräumtem Schnee wurden Scheeablagerungsplätze ausgewiesen. Im Umfeld von Kitas werden aufgrund der begrenzten Hausmeisterkapazitäten Fremdfirmen eingesetzt. Schulen und das Rathaus werden mit Schneefräsen ausgerüstet.

Die Lagerkapazitäten für Streugut konnten infolge einer unvorhergesehenen Kündigung eines Mietvertrages einer Halle im Objekt »Dr.-Zinn-Weg« um ca. 100 % erhöht werden. Da nun zwei Lagerstandorte zur Verfügung stehen, verkürzen sich die Transportwege. Das Streumaterial, darunter große Mengen Salz, ist beschafft. Die Winterdienstfahrzeuge sind einsatzfähig und geprüft. Kleinteile wurden bevorratet. Die Einsatzpläne für das Personal sind ab dem 15. November abgestimmt. Zudem sind Streubezirke eingerichtet und Prioritätskriterien festgelegt worden.

Außenstellen bleiben zu

Eberswalde (bbp). Nach der Schließung im Sommer (vgl. BBP 7/2010) waren die Außenstellen des Bürgeramtes in Finow und im Brandenburgischen Viertel nur wenige Wochen offen. Bereits am 27. September folgte »wegen Krankheit« die nächste »kurzfristige temporäre Schließung«, wie die städtische Pressestelle damals mitteilte. Inzwischen wandelte sich die »vorübergehende Schließung« in eine längerfristige. Im Oktober informierte der Erste Beigeordnete Lutz Landmann den städtischen Hauptausschuß, daß die Außenstellen in diesem Jahr nicht mehr aufgemacht werden.

Umschuldung

Eberswalde (bbp). Die Bindungsfrist eines städtischen Kredits bei der Deutschen Kreditbank in Höhe von 608.400 Euro läuft am 30.12.2010 aus. Auf ihrer Sitzung am 30. September ermächtigten die Stadtverordneten die Stadtverwaltung, »für die Umschuldung unverzüglich eine Anschlussfinanzierung mittels Forward-Darlehen auszuschreiben und den Vertrag mit dem wirtschaftlich günstigsten Anbeiter nach Einholung von Vergleichsangeboten abzuschließen«. Die Entscheidung der Verwaltung, heißt es in dem Beschluß weiter, ist zu dokumentieren und unverzüglich den Stadtverordneten zur Kenntnis zu geben.

Berliner Montagsdemo



Etwa 7.000 Menschen fanden sich am 16. Oktober zur Berliner Montagsdemo zusammen. Es waren nicht die vom Sozialabbau betroffenen berliner Massen, die in zwei Demonstrationenzügen bei schlechtem Wetter vom Berliner Norden und Süden zum Alexanderplatz zogen, sondern der harte Kern der Montagsdemonstration aus der ganzen BRD. Das Foto zeigt einen Blick auf die Abschlußkundgebung auf dem Alexanderplatz.

Walzwerk »in schwieriger Situation«

Eberswalde (bbp). »Von einer Schließung des Walzwerkes Finow habe ich nicht gesprochen«, betonte der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski, bezugnehmend auf eine Nachfrage des Stadtverordneten Carsten Zinn zum Bericht des Bürgermeisters auf der StVV-Sit-

zung am 30. September. »Das Walzwerk«, so Boginski, »befindet sich in einer schwierigen Situation. Der Geschäftsführer, der Betriebsrat, die Agentur für Arbeit und die Stadt Eberswalde werden Bemühungen anstellen, um negative Auswirkungen so gering wie möglich zu halten«.

Planfeststellungsverfahren B 167neu:

»Einheitliches Auftreten förderlich«

Eberswalde (bbp). Bauminister Vogelsänger habe sich »offensiv zum Bau der B 167 neu bekannt«, betonte Bürgermeister Friedhelm Boginski bezugnehmend auf eine Anfrage des Stadtverordneten Frank Banaskiewicz (FDP/Bürgerfraktion Barnim) zur StVV-Sitzung am 30. September. Ende 2010/Anfang 2011 werde das Planfeststellungsverfahren für den 1. Bauabschnitt anlaufen. »Derzeit«, so Boginski, »be-

finden wir uns im diskussionsprozeß zum 2. Bauabschnitt«. Es sei signalisiert worden, »daß ein einheitliches Auftreten bzw. Meinungsbild von der Politik und den Verwaltungen der betroffenen Regionen förderlich für die Umsetzung des 2. Bauabschnittes B 167n ist«.

Die Prüfung der Nullvariante, die zunächst gefordert worden war, spielte zuletzt seitens der Stadtverwaltung keine Rolle mehr.

Biomassekraftwerk in kommunaler Regie?

Eberswalde (bbp). Bereits im Februar hatte Heiko Brucker von der Piratenpartei das Thema Biomassekraftwerk in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung angesprochen. Auf der Sitzung am 30. September konkretisierte er seine Ideen. Er schlug vor, daß die Stadt ein eigenes Biomassekraftwerk betreiben

könne und den daraus gewonnenen Strom, Fernwärme und Gas in Eigenregie vertreibt. »Sollte diese Thematik in den entsprechenden Ausschüssen diskutiert werden«, wird seitens der Eberswalder Stadtverwaltung angemerkt, »wäre eine rechtliche Prüfung hinsichtlich der Realisierung sinnvoll«.

Sachlich und faktenreich zur Stasi

Im Rahmen der Ausstellungsserie der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik fand am 26. Oktober im Museum Eberswalde ein Vortrag mit anschließendem Gespräch zum Thema »MfS – Schild und Schwert der Partei: Die Stasi in der Region Eberswalde« statt. Rüdiger Sielaff* referierte in der bis auf dem letzten Platz besetzten Adler-Apothekesowohl über das Vorgehen der Staatssicherheit im allgemeinen, als auch über das konkrete Wirken des Ministeriums in Eberswalde.

Der Referent lieferte zu Beginn seines Vortrags beeindruckende Zahlen über die Größe des Ministeriums für Staatssicherheit und deren Mitarbeiter, wodurch die Dimensionen der Strukturen und die erfolgte Überwachung des Alltagslebens der DDR-Bürger verdeutlicht wurden. Diese Ausführungen wurden immer wieder mit Fotomaterial aus den Eberswalder Stasi-Akten unterfüttert. Man bekam zu observierende Personen und Wohnungen sowie Gebäude in Eberswalde, in welchen die Stasi tätig war, zu sehen.

Der zweite Teil seines Vortrags beschäftigte sich mit der Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde und den damit verbundenen Problemen der Bereitstellung und Wiederherstellung der Stasi-Akten für interessierte und geschädigte Bürger. Während dieser Ausführungen

wurden das Ausmaß der Vernichtung der Stasi-Akten sowie die Vorgehensweise der Mitarbeiter bei ihrer alltäglichen Arbeit deutlich. Da die Vernichtung der Akten erst relativ spät begann, konnten bis zur Auflösung des MfS nicht alle Akten irreversibel zerstört werden. Aus den verbliebenen Akten las Herr Sielaff im letzten Teil seines Vortrags ausgewählte Schriftwechsel vor, welche den Umfang und die Intensität der Bespitzelung durch die Stasi im besonderen Maße verdeutlichten.

Im Anschluß an den mit viel Beifall honorierten Vortrag, wurde die Fragerunde eröffnet. Der zunächst sehr sachlich geführte Gedankenaustausch mußte nach circa zehn Minuten, aufgrund eines emotionalen und gegen alle Regeln der Gesprächsführung verstoßenden Monologs für kurze Zeit unterbrochen werden, bevor er mit bedauerlicherweise deutlich reduzierter Gästezahl fortgesetzt werden konnte.

Rüdiger Sielaff gelang es mit einem gut gegliederten, sachlichen und faktenreichen Vortrag samt einer ansprechenden Vortragsweise, den Erwartungen der Zuhörer gerecht zu werden.

JÖRG ZAUMSEIL (Jahrgang 1980)

* Rüdiger Sielaff ist der Leiter der Außenstelle der »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik« in Frankfurt/Oder.

Stadtwerke-Nachfolger EWE:

Nötigung gegen Protestkunden

In den letzten Tagen sind Kunden der ehemaligen Stadtwerke Eberswalde Mahnungen auf den Tisch geflattert. Absender der Mahnungen ist der Energieversorger EWE, ehemaliger Gesellschafter der Stadtwerke und deren Nachfolger für Gaslieferungen.

Bei der Aufteilung des Geschäftes der Stadtwerke hat EWE offensichtlich nicht nur das Gasgeschäft übernommen (EON.edis das Stromgeschäft), sondern auch offene Forderungen der ehemaligen Stadtwerke. Das sind Forderungen gegenüber Kunden, die die wiederholten Preiserhöhungen seit 2004 nicht akzeptiert und die Rechnungen gekürzt hatten.

Diese Kürzungsbeträge versucht die EWE nun nach Übernahme des Stadtwerkegeschäftes einzutreiben. Anders als die Stadtwerke will die EWE die Forderungen mit Nachdruck eintreiben. Also beschränken sie sich nicht auf die Mahnung, sondern verbinden diese mit der Androhung einer Versorgungseinstellung, falls der offene Betrag nicht innerhalb von 4 Wochen bezahlt werde.

Diese Verfahrensweise, am Beginn der Heizperiode den Gashahn zudrehen zu wollen, um den Kunden zur Zahlung zu zwingen, kann man nur als Nötigung bezeichnen. Das umso mehr, als der Energieversorger seine Pflichten im Zusammenhang mit den Preisänderungen nicht erfüllt und damit das Problem erst verursacht hat. Wie kam es zu dieser Situation? Die Energieversorger haben über Jahre kräftig an der Preisschraube gedreht und ihre Monopol-

stellung ausgenutzt, um ihre Gewinne zu erhöhen. Etwa ab dem Jahre 2004 regte sich dagegen wachsender Widerstand. Mit dem § 315 BGB hat der Gesetzgeber die einseitige Preisbestimmung an die Bedingung gebunden, daß der Preis der Billigkeit und Angemessenheit entspricht. Die Energieversorger sind daher gehalten die Angemessenheit und Billigkeit der Preisänderungen gemäß § 315 BGB nachzuweisen. Diesen Nachweis zu führen, bedeutet aber, die Einkaufspreise der Energieversorger von ihren Vorlieferanten offenzulegen.

Darauf wollen sich die Energieversorger nicht einlassen, denn dann würden überzogene Forderungen offensichtlich. Mehr als allgemeine Erklärungsversuche für die Preisanhebungen (z.B. daß der Energiebedarf in China stark wächst) haben auch die Stadtwerke nicht geliefert. Wer mit diesen Erklärungen für die Billigkeit und Angemessenheit der Preisänderungen nicht einverstanden war, hat bei der Jahresrechnung nur den Preis bezahlt, den er zuletzt anerkannt hatte, und die Rechnung entsprechend gekürzt. So sind über die Jahre teilweise erkleckliche Summen zusammen gekommen, die die Stadtwerke als offene Forderungen verbucht haben.

Aus Sicht des Gasabnehmers gibt es keine Zahlungsrückstände, denn ohne den Nachweis der Angemessenheit und Billigkeit wird der neue Preis nicht wirksam und die Forderung entsteht gar nicht.

Die EWE als Rechtsnachfolger der Stadtwerke werden nicht umhin kommen, ihre Preisforderungen auf dem Rechtsweg durchzusetzen. Die Chancen dafür stehen schlecht. Es gibt inzwischen viele Gerichtsurteile, die den Verbrauchern Recht geben. Nicht weniger Fälle gibt es, bei denen der Energieversorger seine Klage zurückgezogen hat, um nicht verurteilt zu werden. Für einen Teil der Forderungen dürfte inzwischen schon Verjährung eingetreten sein.

Im Hinblick auf die angedrohte Versorgungssperre wird EWE wohl keine Chance haben. Wenn ein Verbraucher unter Berufung auf fehlende Billigkeit seine Energierechnung kürzt, dann darf das Versorgungsunternehmen die Versorgung nicht einstellen oder damit drohen. Das ist durch die einschlägigen Verordnungen (GasGVV und StromGVV) und eine Reihe von Gerichtsentscheidungen eindeutig geklärt.

ALBRECHT TRILLER

CCS – Feigenblatt für neue Kohlekraftwerke

Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Vattenfall muß Erkundungsarbeiten für unterirdische Verpressung stoppen

»CCS soll offenbar nur noch als Feigenblatt für neue Kohlekraftwerke in der Lausitz dienen. Trotz aller Versprechen für CO₂-arme Kraftwerke ist nun klar: Der von Vattenfall angestrebte Neubau eines Kohleblocks in Jämschwalde sowie der Weiterbetrieb des Kraftwerks ist mit den klimapolitischen Zielen des Landes unvereinbar«, erklärt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) zum Gutachten der Grü-

nen Liga und von Bürgerinitiativen für die von Vattenfall geplante CCS-Demonstrationsanlage. Enkelmann weiter: »Die CCS-Technologie stellt selbst für Vattenfall offensichtlich keine ernsthafte Option mehr dar, um die angestrebten CO₂-armen Kraftwerke zu erreichen. Damit entfällt der wichtigste Grund, um diese umstrittene Technologie im Land Brandenburg zu erproben. Ich fordere das Unternehmen deswegen auf, die

unterirdischen Erkundungsarbeiten im Oderbruch zu stoppen oder diese zumindest so lange auszusetzen, bis die durch das Gutachten aufgeworfenen Fragen geklärt sind. Klima- wie energiepolitisch bleibt ein mittelfristiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung unverzichtbar. Nur so kann Brandenburg die Vorreiterregion für Erneuerbare werden.«

BÄRBEL MIERAU

CCS in allen Bundesländern

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) begrüßt Zusage der Bundesregierung

Potsdam (mwe). Brandenburgs Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) hat es begrüßt, daß mit dem von der Bundesregierung geplanten Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (CCS-Gesetz) alle Bundesländer verpflichtet werden sollen, unterirdische CO₂-Lager zuzulassen. Damit, so Minister Christoffers, werde ein Regelungsrahmen geschaffen, der der europarechtlichen Umsetzungspflicht entspricht.

Entgegen der Auffassung der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen dürfe es keine Ausstiegsoption einzelner Länder im Rahmen des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes geben. Ostdeutschland produziert Strom aus erneuer-

baren und fossilen Energieträgern weit über seinen eigenen Bedarf hinaus und dient damit der Versorgungssicherheit Deutschlands mit Energie aus heimischen Ressourcen. Auch die Industrie in Norddeutschland muß sich mittelfristig auf eine kohlendioxidarme Produktion umstellen. Dafür ist es erforderlich, alle vorhandenen Speicherpotentiale in der BRD nutzen zu können. Eine Beschneidung der Kohlendioxid-Speichermöglichkeiten auf wenige Regionen würde dem Solidarprinzip in der BRD widersprechen.

Das Kohlendioxid-Speicherungsgesetz dient der fristgerechten Umsetzung der Richtlinie der EU über die geologische Speicherung von

Kohlendioxid aus dem Jahr 2009 in nationales Recht. Hierbei soll das bei der Verbrennung fossiler Energieträger anfallende Kohlendioxid aus Kraftwerks- aber auch aus Industrieprozessen abgeschieden, transportiert und in unterirdischen geologischen Formationen gespeichert werden. Für Brandenburg ist zunächst geplant, geeignet erscheinende Gesteinsschichten zu erkunden, um sicherzustellen, daß CO₂ sicher unter der Erde gelagert werden kann. Sollte sich herausstellen, daß die Sicherheit der Bevölkerung nicht gewährleistet werden kann, wird kein Kohlendioxid auf Dauer gespeichert.

Grundsicherung im Barnim

Mut zur Neuorganisation

Eberswalde (b90/grüne). Der Landkreis Barnim sollte den Mut haben, die Betreuung der hilfebedürftigen Mitmenschen im Kreis zukünftig in alleiniger Verantwortung wahrzunehmen. So das Schlußwort von Oda Formazin, Vorsitzende der Fraktion BFB/Bauernverband im Kreistag, am Ende einer öffentlichen Diskussionsrunde, die am 25. Oktober im Haus Schwärzetal in Eberswalde stattfand. Die Fraktionsvorsitzende von Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, Ute Krakau, die die Veranstaltung moderiert hatte, schloß sich dieser Meinung an und plädiert für einen fraktionsübergreifenden Beschlußantrag zugunsten des so genannten Optionsmodells in der Kreistagsitzung im November.

Vorausgegangen war eine angeregte Diskussion zwischen Ulrich Gräfe, Leiter des Jobcenters Barnim, Christian Ramm, Chef der Arbeitsagentur Eberswalde und Bernd Schulz, Fachbereichsleiter Grundsicherung und Vermittlung im Landkreis Oberhavel. Es geht immerhin um rund 10 Prozent der Barnimer Einwohner, betonte Gräfe. Dies allein sei ein Grund, die Fragen der Hilfebedürftigkeit stärker in das Blickfeld der kommunalen Politik zu rücken. Das wäre zwangsläufig der Fall, würde der Landkreis ab 2012 die alleinige Trägerschaft des Jobcenters übernehmen. Entscheidungen seien leichter zu treffen und die Prioritätensetzung einfacher, müßte man sich nicht ständig mit einem weiteren Träger, sprich der Bundesagentur für Arbeit, abstimmen.

Christian Ramm dagegen plädierte für eine weitere Zusammenarbeit zum Nutzen der Betroffenen. Gemeinsam würden bessere Lösungen gefunden als allein. Beide Seiten könnten ihre Stärken einbringen und das Risiko würde geteilt.

Bernd Schulz aus Oberhavel machte deutlich, daß ein Landkreis durchaus in der Lage ist, die Herausforderung eigener Verantwortung zu meistern und gute Ergebnisse zu erzielen. Die finanziellen Risiken dieser Option bezeichnete er als überschaubar. Vorteile ergäben sich aus der engeren Anbindung des Jobcenters an die vorhandene Verwaltungsstruktur des Kreises, zum Beispiel an das Sozial- und Jugendamt. Gut sei auch, daß sich in seinem Kreis der Kreistag und der eigens gebildete Lenkungsbeirat regelmäßig mit den Problemen der hilfebedürftigen Menschen befassen. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur funktioniert trotz Eigenständigkeit sehr gut.

Im November entscheidet der Kreistag, ob das Jobcenter weiterhin in gemeinsamer Trägerschaft mit der Bundesagentur für Arbeit geführt oder ein Antrag auf Übernahme in kommunale Trägerschaft gestellt werden soll. Um diesen Antrag beim Land Brandenburg stellen zu können, müßten zwei Drittel der Kreistagsmitglieder für diese Variante stimmen.

Die Wahrheit zur Hartz IV-»Reform«

Auch im Barnim gibt es noch viele Hartz IV-Empfänger und auch Arbeitnehmer, die von ihrer Arbeit nicht leben können und auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind. Die Schönfärberei der schwarz-gelben Bundesregierung und auch bestimmter Medien bei der Darstellung der sogenannten Hartz IV-Reform geben mir Veranlassung, diese Maßnahmen einmal kritisch zu bewerten.

CDU/CSU und FDP versuchen, die lächerlichen Schönheitskorrekturen an Hartz IV durch Tricks und Täuschungen als eine Wohltat für die Hartz IV-Empfänger und ihren Kindern darzustellen. Die Wahrheit sieht bei einer nüchternen Betrachtung ganz anders aus. Wenn man diese Maßnahmen zusammenfassend bilanziert, so werden für das hoch gelobte Maßnahmenpaket für Kinder von Hartz IV-Empfängern und die Erhöhung des Satzes für Erwachsene um fünf Euro jährlich etwa eine Milliarde Euro aufgewandt. Dem steht aber gegenüber, daß die Belastungen dieses Personenkreises durch den Wegfall des Elterngeldes und die Senkung der Heizkostenzuschüsse mehr als zwei Milliarden beträgt. Somit ergeben sich keine Verbesserungen sondern in der Regel eine Verschlechterung für die Hartz IV-Empfänger.

In den Sonntagsreden der CDU- und FDP-Politiker wird oft und gern darüber gesprochen, daß sie ihre Hauptaufgabe darin sehen, Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Dafür werden in Verbindung mit der anspringenden Konjunktur Facharbeiter benötigt. Was liegt da näher, als die Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen gezielt und effektiv weiter zu führen. Dazu im Widerspruch steht jedoch die Tatsache, daß die finanziellen Mittel für diese Aufgaben um mehrere Milliarden Euro zusammen gestrichen und diese dringend notwendigen Maßnahmen stark eingeschränkt werden.

Von den Regierungsvertretern wird bei der Begründung ständig das Beispiel einer vierköpfigen Hartz IV-Familie angeführt, deren Bezüge dicht an das Einkommen einer vergleichbaren Familie mit Niedriglohn heranreicht. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, daß dieser Personenkreis ganze 2 % der Hartz IV-Empfänger ausmacht und somit das Beispiel völlig am Kern der Sache vorbeigeht. Mit solchen Vergleichen sollen nur die Arbeitslosen gegen die Empfänger von niedrigen Löhnen ausgespielt werden. Zum anderen ist das methodische Herangehen falsch. Der sicher notwendige Abstand von Hartz IV-Bezügen gegenüber dem unteren Lohnniveau muß endlich durch flächendeckende Mindestlöhne hergestellt werden. Damit würde gleichzeitig verhindert, das jährlich über die Arbeitsagentur etwa 50 Milliarden Euro an Steuergeldern für Lohnsubventionen für Unternehmer gezahlt werden. Das betrifft vor allem Leih- und Zeitarbeit aber auch normale Arbeitsverhältnisse, wo sich Unternehmer durch Lohnrückerei auf Kosten

der Steuerzahler Vorteile verschaffen. Wenn oft von Sozialschmarozzerei gesprochen wird, so betrifft das weniger Hartz IV-Empfänger sondern vor allem Unternehmer. Daß es sich hier nicht nur um Einzelfälle handelt wird damit bewiesen, daß der Anteil der Niedriglöhne inzwischen auf 22 % der Arbeitnehmer angestiegen ist und noch durch eine Erhöhung der Zusatzverdienste weiter ausgebaut werden soll.

Bekanntlich hat das Bundesverfassungsgericht die Art der Berechnung der Hartz IV-Gesetze für verfassungswidrig erklärt und eine Neuberechnung gefordert. Die Art und Weise wie hier trickreich nach Kassenlage verfahren



wird, halte ich für einen Skandal. Als erstes muß dazu festgestellt werden, daß die neu errechnete Summe für die Hartz IV-Sätze fast auf den Cent dem entspricht, was vor zwei Jahren unter dem SPD-Finanzminister Steinbrück ermittelt wurde. Welch ein Zufall! Hinzu kommt, daß bei den Berechnungen die Preissteigerungen teilweise unberücksichtigt blieben. Wie geradezu menschenfeindlich getrickt wurde, zeigen zwei Beispiele, die bezeichnenderweise sogar von der Sozialministerin von der Leyen stammen. An Stelle des Verbrauchs von Bier wurde die gleiche Menge Mineralwasser berechnet und die Differenz in Abzug gerechnet. Beim Verzehr von Eis für ein Kind wurde nicht ein Euro am Eisstand berechnet, sondern nur der Wert der Rohstoffe beim Hausverzehr.

Auch das sogenannte Maßnahmenpaket für Kinder scheint bei näherer Betrachtung in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen, der Wirksamkeit und auch in der Bürokratie der Durchsetzung fraglich. So sind bei den Zuschüssen für das Mittagessen nur überhaupt 20 % der Kinder betroffen, weil die Einrichtungen das sonst nicht erlauben. Der Zuschuß von 10 Euro für die kulturelle Teilnahme beispielsweise an Musikschulen reicht gerade zu für eine Anmeldung aber nicht für einen ordentlichen Unterricht.

Die sogenannten Hartz IV-Reformen bedürfen bekanntlich der Zustimmung des Bundesrates, wo die Regierung über keine Mehrheit mehr verfügt. Es bleibt zu hoffen, daß durch das geschlossene Auftreten der Länder, die von den Oppositionsparteien regiert werden, grundsätzliche Veränderungen erzwungen werden. Es wäre bedauerlich und auch verfassungswidrig, wenn von SPD und Grünen faule Kompromisse eingegangen werden.

Dr. HELMUT KOCH

»Programm für Arbeit« in Kritik

3. Ordentliche ver.di-Landesbezirkserwerbslosenkonferenz Berlin-Brandenburg

Am 16. Oktober fand in Berlin die 3. ordentliche ver.di-Landesbezirkserwerbslosenkonferenz Berlin-Brandenburg unter Leitung von Ulla Pingel und Dittgard Hapich statt. Daran nahmen 24 stimmberechtigte Delegierte und 10 Gäste teil. Zu den Gästen, die erfreulicherweise auch bis zum Ende der Konferenz anwesend waren, gehörten Bernhard Jirku (Bereichsleiter im ver.di-Bundesvorstandsverwaltung Ressort 10), Susanne Stumpfenhusen (ver.di-Landesbezirksleiterin), Astrid Westhoff (stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin, u.a. Tarifpolitik und gewerkschaftliche Bildungsarbeit), Roland Tremper (stellvertretender ver.di-Landesbezirksleiter, u.a. Erwerbslosen- und Arbeitsmarktpolitik), Claus Lock (ver.di-Gewerkschaftssekretär, zuständig für Erwerbslose und Senioren im Landesbezirk).

In ihrem Grußwort erläuterte Susanne Stumpfenhusen, die auch in der Aussprache zu aufgeworfenen Fragen der Delegierten Stellung nahm, über die geplanten und notwendigen Strukturveränderungen im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Dazu lag den Delegierten ein umfangreiches Informationsmaterial vor. Bernhard Jirku erläuterte die ver.di-Positionen zum geplanten Regelsatz, zur Chipkarte und zu den Arbeitsschwerpunkten von ver.di in der Erwerbslosenarbeit und betonte, daß die Kinder- und Jugendbedarfe in den bisherigen Papieren der Bundesregierung völlig unzureichend erfasst sind. Er beteiligte sich ebenfalls aktiv und sachkundig an der Aussprache.

Im Arbeitsbericht des Landesbezirkserwerbslosenausschusses, der von Ulla Pingel und Dittgard Hapich vorgetragen wurde, konnte die Bilanz der Arbeit seit 2006 aufgezeigt werden. Es wurde hervorgehoben, daß Ulla Pingel im Berichtszeitraum Mitglied des ver.di-Gewerkschaftsrates und Vorsitzende des ver.di-Bundeserwerbslosenausschusses geworden ist. Dittgard Hapich, die auch Mitglied im ver.di-Bundeserwerbslosenausschusses ist, erläuterte die Aktionen, an denen sich die Erwerbslosen des ver.di-Landesbezirks in den vergangenen 4 Jahren beteiligt hatten. Die bundesweite Demonstration »Krach schlagen statt Kohldampf schieben« die am 10. Oktober in Oldenburg mit 3000 Teilnehmern stattgefunden hatte und die Forderung nach mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort im Hartz-IV-Regelsatz lautstark verkündete, wurde trotz unterschiedlicher Meinungen als voller Erfolg gewertet. Als großer Erfolg wurde der Kampf um die Einführung eines Sozialtickets im Land Brandenburg, das dann als Mobilitätsticket von der Landesregierung Brandenburg eingeführt wurde, gewertet. In diesem Zusammenhang wurde Carsten Zinn, der sich mit großem Engagement für das Sozialticket eingesetzt hatte und dieses Thema auch weiterhin intensiv begleitet und für 2011 Verbesserungen im Interesse der Er-



werbslosen fordert, gedankt. Dankend hervorgehoben wurde auch die Arbeit von Rolf Nowak, inzwischen ver.di-Senior, der die Internetseite des ver.di-Landesbezirkserwerbslosenausschusses betreut.

In der nachfolgenden Aussprache kritisierte Carsten Zinn, als streitbares und aktives ver.di-Mitglied bekannt, die Verfahrensweise des ver.di-Landesbezirksvorstandes in Verbindung mit der geplanten Strukturreform und forderte die bessere Einbeziehung der Erwerbslosen in diesen Diskussionsprozeß. Als dringend notwendig bezeichnete er die Stärkung der Arbeit vor Ort und die Unterstützung der Erwerbslosenberatung durch die hauptamtlichen ver.di-Mitarbeiter. Ulla Pingel erläuterte das Vorhaben, am 2. Dezember einen Aktionstag zu den Kosten der Unterkunft und zum Regelsatz durchzuführen. Im Vorfeld sollen die Mitglieder des Bundestages durch einen Brief umfassend mit den Argumenten der Erwerbslosen vertraut gemacht werden, bevor die Beschlußfassung im Bundestag erfolgt. Bernd Wagner berichte als Vertreter der Erwerbslosen im ver.di-Landesbezirksvorstand über die Arbeit dieses Gremiums und kritisierte scharf die Haltung der Gewerkschaften in Bezug auf das Programm für Arbeit in Brandenburg und die »Bürgerarbeit«. Nach seiner durchaus berechtigten Auffassung unterstützen die Gewerkschaften letztendlich Programme, die Dumpinglöhne befördern.

Der Diskussion folgten die Wahlen und die Beschlußfassung zu den Anträgen. Als Vertreter der Gruppe der Erwerbslosen im Landesbezirksvorstand wurde Bernd Wagner (Berlin) und als sein Stellvertreter Ulrich Rautenberg (Berlin) gewählt. Damit ist kein Vertreter aus den ver.di-Bezirken des Landes Brandenburg in diesem Gremium vertreten. Als Delegierte zur ver.di-Landesbezirkskonferenz am 11. und 12. März 2011 wurde Ulla Pingel und als Ersatzdelegierte Dittgard Hapich, die zugleich als ordentliches Mitglied für den Landesbezirksfrauenrat nominiert wurde, gewählt. Die beschlossenen Anträgen wenden sich u.a. gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung und gegen die »Bürgerarbeit«.

ROLF NOWAK

Finger weg vom Streikrecht!

Gesetzesinitiative in Sachen Tarifeinheit

Berlin (fau). Bereits im Sommer haben der DGB und der Arbeitgeberverband BDA eine gemeinsame Gesetzesinitiative gestartet, mit der die vom Bundesarbeitsgericht gekippte Tarifeinheit gesetzlich wieder hergestellt werden soll. Diese Initiative wird nicht nur von den Fachgewerkschaften verurteilt, sondern hat auch in den Reihen des DGB selbst für Kritik gesorgt. Erwartet werden derzeit konkrete Schritte der Regierung und der Parteien, die fast durchweg ihre Bereitschaft zu einem solchen Gesetz signalisiert haben – trotz ernster Bedenken von Verfassungsrechtlern.

Nun haben sich auch verschiedene Gewerkschaften der Freien ArbeiterInnen-Union (FAU) zu der Gesetzesinitiative positioniert. Diese werten sie als einen »schweren Angriff auf das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit«, wie es in einem gerade veröffentlichten Positionspapier heißt. »Durch die der BRD eigene Verquickung von Tarif-, Streik- und Gewerkschaftsrecht würde ein solches Gesetz die Handlungsfreiheiten von Gewerkschaften deutlich einschränken und gegen die Verfassung ebenso wie gegen internationale Konventionen verstoßen«, so Dörthe Stein von der FAU-Kampagne »Finger weg vom Streikrecht!«. »Dabei ist die BRD in Sachen Streikrecht ohnehin ein Entwicklungsland, wie die Verbote von Arbeitskämpfen der Lokführer, der Piloten, aber auch der FAU gezeigt haben«, so Dörthe Stein weiter.

Die FAU-Gewerkschaften teilen die Einschätzung, daß es bei der Initiative um die Abwehr missliebiger Gewerkschaften geht. »Das betrifft jedoch nicht nur die Fachgewerkschaften, sondern auch uns als FAU und etwaige alternative Gewerkschaftsverbände«, so Stein. In dem Positionspapier wird argumentiert, daß das BAG-Urteil ein Stückweit mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten geschaffen habe: »enttäuschte Belegschaften sind nunmehr nicht länger an die Friedenspflicht eines dürftigen Tarifvertrages gebunden«, heißt es dort. »Die Belegschaften würden mit dem geplanten Gesetz aber mehr denn je geknebelt werden«, so Stein, die in dem Gesetz eine Entmündigung der Arbeitnehmer sieht: »Wir brauchen mehr Ungehorsam in den Betrieben und keine verkappte Arbeitsfront, mit der die Beschäftigten ihre eigenen Interessen hinter denen des Standortes zurückstellen sollen«. In diesem Kontext verweisen die FAU-Gewerkschaften darauf, daß die Initiative in der Tradition einer »nationalistischen Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik« stehe, die »auf Kosten der Beschäftigten anderer Länder betrieben« werde.

»Wir werden die Entwicklung genau beobachten und richten uns schon mal auf Widerstand ein«, so Stein. »Wenn es die Situation erfordert, werden wir Seite an Seite mit den Fachgewerkschaften und kritischen DGB-GewerkschafterInnen für den Gewerkschaftspluralismus eintreten.«

Weitere Informationen sind im Internet unter www.fau.org/streikrecht zu finden.

Gelächter. Oder kein Gelächter?

Will das Volk womöglich doch? Und wenn das Volk womöglich möchte – wird es glauben, daß es geht? Was versteht das Volk unter Sozialismus? Wie viele Sparten hat das Volk? Und dann die Partei. Was ist sie? Da kann ich gar nicht lachen. Oder wollen etwa die Medien, die Universitäten, die Talk-Master dem Volke helfen, sich zu orientieren? Was kann die Kirche?

Eine Partei begann sich Ende 1989 neu zu formieren, nachdem sie sich dem Zerfall preisgegeben hatte. Nachdem 90 Prozent ihrer Mitglieder davongelaufen waren. Gregor Gysi nahm sich kurz nach dem Desaster der SED zehn Sekunden, um sich im Namen der Partei beim Volk zu entschuldigen. Hundert Minuten gebrauchte er um zu sagen, man wolle sich vom Stalinismus lösen. Warum nicht eher schon so deutlich? Niemand konnte dem neuen Vorsitzenden vorwerfen, nicht gut genug geredet zu haben. Ein Glück überhaupt, daß er hineingesprungen war in die Verwirrung. Den symbolisch übergebenen Besen zum Ausfegen hat er anfangs genutzt. Drei Jahre später war ich tief enttäuscht. Doch zu Beginn war ich noch nicht enttäuscht.

Seitdem sind zwanzig Jahre vergangen.

Nun liegt der Partei, immer noch der größten unter den Linken, ein Programm-Entwurf vor, ein neues Papier nach schwachen Vorläufern. Schon ein halbes Jahr vorm neuen Programm-Entwurf hatte ich in meinem jüngsten Buch ein Kapitel überschrieben »Oskar hat verstanden«. In vergleichbarer Lage hatte Rosa Luxemburg an Clara Zetkin geschrieben: »Wir haben doch noch Männer in der Partei« (November 1911). Nun ist Oskar krank. Und noch kennt das Volk den neuen Programm-Entwurf nicht.

Wie wollt Ihr den Entwurf dem Volk bekannt machen? Werden eure Mitglieder sich unters Volk mischen? Ich meine, Millionen Bürger würden gern ermutigt werden zu einem gründlichen System-Wandel, denn Millionen Bürger haben den Kanal voll vom bisherigen. Millionen Bürger würden erkennen, daß man in der ehemals führenden Partei aus der Geschichte gelernt hat. Millionen Bürger würden sagen: Donnerwetter, die Linken haben gründlich gelernt, endlich. Und jetzt verstehen wir, was mit Sozialismus gemeint ist: Sozialismus ist doch, was wir – die Lohnabhängigen und Mittelständler – schon immer gewollt haben. Jetzt ahnen wir auch, wie wir zum Sozialismus kommen können.

Wollt ihr endlich die Spaltung der Lohnabhängigen in Jobbende und Erwerbslose überwinden – die Spaltung der Arbeiterklasse? Millionen rackern sich halb tot, Millionen gehen psychisch kaputt an der Langzeit-Arbeitslosigkeit. Das berichten ja schon manche Zeitungen. Die Herrschenden reiben sich ob der Spaltung die Hände.

Doch nun fragt man sich in Euren Reihen schon, ob der Entwurf nicht doch zu links

Will das Volk den Sozialismus?

von Dr. Rainer Thiel

Die Linkspartei hält sich für pluralistisch. Doch worin ist sie pluralistisch? Wird sie das in ihrem Programm klären? Wird sie Angst haben beim Worte »Sozialismus«? Ein kluger Mann mit Welt-Erfahrung sagte: »Dem Versuch, den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus wieder zu beleben, muß allerdings eine gründliche Analyse der Gründe für das Scheitern der bisherigen Sozialismusversuche vorausgehen.« (Sara Sarkar in »Sozialistische Zeitung« Köln, April 2010) Oder hat sich das Thema für Euch erledigt? Ich möchte meine Meinung sagen, in dieser Nummer der BBP, mit einer Fortsetzung in der nächsten Nummer.

wäre, das Volk wolle vom Parlament vertreten sein. Es wolle weiterhin gebückt sein und sich heraushalten aus der Politik. Sogar Untertan wolle es bleiben. Das höre ich aus Euren Reihen.

Macht es Euch nicht so einfach. In der DDR habt Ihr den Bürgern allzu vieles vorgeschrieben, und heute habt Ihr Angst, die Bürger zu ermutigen. Ihr schimpft auf Radikales und versteht nicht, warum junge Leute verzweifelt sind. Nie seid Ihr den Dingen auf den Grund gegangen. Ihr habt euch selber nicht bis auf den Grund befragt, bis dorthin, wo es weh tut: In der DDR hätten wir keine Demokratie gehabt – als wenn wir nicht anders gekonnt hätten. Die Sowjetunion hätte uns nicht gelassen? Aber was haben wir uns selber nicht erlaubt? Als Mitglieder der SED? Aussprachen hätte es geben können, das gebot unsre Verfassung, aber ihr habt im Mitbürger allzu schnell den feindlichen Agenten gesehen. Und nun barmt Ihr: Die Arbeiterklasse – unser Subjekt – sei uns »abhanden gekommen«. Einfach so – abhanden gekommen? Einfach so? Doch Ihr kommt aus der Partei, die vierzig Jahre lang an den Hebeln saß.

Wie habt Ihr diese vierzig Jahre mit den Arbeitern geredet? Habt Ihr sie verstanden? Seid Ihr nicht aufs Befehle-Erteilen ausgewichen? Wie kommt es denn, daß Ihr auch heute noch Abstand haltet zum Volk?

Die Wählerstimmen wollt Ihr. Doch wenn ich Euch berichten will von der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg«, von »Bundesweite Montagsdemo«, von Attac in Berlin und vom Flyer der NPD in meinem Briefkasten, dann schaut Ihr auf die Uhr und ruft: »Ich muß schnell nach Hause, meine Frau wartet mit dem Essen.« Und als eine Bürger-Initiative 106.000 (einhundertsechstausend) Unterschriften gesammelt hatte gegen den Plan der Regierung, Schulgeld zu erheben, verfassungswidrig, getarnt als Bus-Geld für die Kinder, die nur noch mit dem Bus zur fernen Schule können, weil die nahen Schulen geschlossen wurden, da habt Ihr öffentlich aufgerufen zum Boykott jener Kundgebung, die dem Landtag fünfzig Kartons mit den Listen der Unterschriften übergeben wollte. Ihr hattet nichtmal gegengehalten, als ein Staatssekretär den Landtag belog. Eine Bürgerinitiative hatte das aufgedeckt. Doch Ihr wolltet keinen Ärger mit den Regierenden. Dafür habt Ihr Euch bis heute nicht entschuldigt. Und trotzdem wollt Ihr gewählt werden.

Als in meinem Städtchen dreihundert Schüler erneut begannen, sich gegen die Liquidation der Abiturstufe zu wehren, habt ihr 4 (vier) Eurer hochbezahlten Landtagsabgeordneten geschickt, um den Schülern anzudeuten, »geht nach Hause, wir werden im Landtag vorstellig.« Leider hat ein Teil der Schüler auf euch vertraut. So blieb nur noch die Hälfte der Schüler, um beim Marsch zum Rathaus zu rufen: »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut.«

Wie lange werden euch die Wähler wählen?

Schon oft haben Bürger gesagt: Wir wählen gleich das Original, dort ist das Geld. Viele Bürger wählen noch Linkspartei, weil sie glauben, Ihr seid links. Doch wenn Wähler dahinter kommen, wie es wirklich ist? Ob Ihr es ernst meint? Was dann? Als am Weltkriegs-Friedhof im Landkreis Dahme-Spreewald gegen die Nazis zu demonstrieren war, fuhr Euer Omnibus aus dem Nachbarkreis in die entgegengesetzte Richtung: zur Feier »Hundert Tage PDS im Bundestag«. Am 13. Februar galt es, in Dresden die Nazis zu blockieren. Zwischen Oder und Spree startete ein Bus mit Blockierern, mit zwanzig Studenten und drei älteren Semestern. Die Hälfte der Sitze blieb leer.

Und wenn ich mit Euch beraten will: Wie kann denn Hartz IV überwunden werden? Ich meine durch Arbeitszeitverkürzung der noch Jobbenden. Da sagt Ihr, die noch Jobbenden wollen keine Arbeitszeitverkürzung. Doch wie sollen sie denn wollen, wenn Ihr ihnen den Zusammenhang nicht zeigt: Die Jobbenden machen sich mit Überarbeit kaputt und die Langzeitarbeitslosen bleiben kaputt liegen, weil Arbeitsplätze fehlen. Ist das nicht himmelschreiend? Glaubt Ihr, Wachstum würde Arbeitsplätze bringen?

Ihr verweigert den Betroffenen alle Orientierung, die Ihr als Partei geben müßt, denn die Partei könnte, wenn sie will, Zusammenhänge erläutern, die der Einzelne in seiner Isolierung nicht erkennt. Zusammenhänge betreffend habe ich im Haus Eures Bundesvorstands vorgesprochen, zusammen mit einem Genossen aus Dresden und einem Genossen aus Frankfurt/Main. Als ich bemerkte, daß das von Euch abprallt, habe ich über mein Konzept geschrieben »Fangt endlich an mit Politik«. (Siehe www.thiel-dialektik.de).

Fangt endlich an. Doch davon habe ich noch nichts bemerkt.

Fortsetzung in BBP 12/2010

57 Fällungen – 14 »Ersatz«pflanzungen

Der praktizierte Baumschutz in der Waldstadt ist reformbedürftig

Zunächst einmal vorab ein Lob an die Stadtverwaltung: Erstmals veröffentlicht die Stadt Eberswalde, wie viele und welche Bäume gefällt werden und wie viele »Ersatz«pflanzungen vorgesehen sind. Diese Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit ist zu begrüßen. Sie zeigt den frischen Wind im Rathaus, der mit der neuen Baudezernentin Anne Fellner Einzug gehalten hat.

Schön wäre es zudem, wenn zukünftig in den regionalen Medien nicht nur die geplanten Fällungen an den Straßen, sondern sämtliche im öffentlichen Raum (z.B. WHG-Grünanlagen, Schulhöfe) angezeigt würden und auch, welche Baumarten an welcher Stelle als Ersatzpflanzungen geplant sind.

Im Herbst sollen nun im Eberswalder Stadtgebiet 57 alte Bäume weichen. Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim hat dafür die Genehmigung gegeben und als Auflage erteilt, 14 Bäume zum »Ersatz« zu pflanzen. Nicht nur zahlenmäßig ist dies ein unausgewogenes Verhältnis. Weitaus bedenklicher ist das, weil die jungen Bäumchen aus stadtoökologischer und -ästhetischer Sicht nicht annähernd einen Ersatz für die ausgewachsenen Bäume bieten können.

In diesem Zusammenhang möchte ich den naturschutzfachlichen Gutachter aus Eberswalde Sebastian Sieland zitieren, der zum MOZ-Artikel »Stadt fällt 57 Bäume« auf der Homepage dieser Zeitung kommentiert hat. Er schreibt:

[...] Neu gepflanzte Bäume können die ökologischen Funktionen alter Bäume nicht ersetzen. Dies ist wieder einmal ein Beispiel dafür, warum die EU-Biodiversitätsziele 2010 nicht erreicht werden konnten. Wieder fallen die letzten Relikte einer artenreichen Fauna – in Form von Lebensstätten (Brutplätzen, Quartieren) für z.B. Insekten, Fledermäuse und Vögel. Als Ausgleich wird dann strukturarmes Baumschulmaterial gepflanzt, das in keiner Weise die verlorenen ökologischen Funktionen des ursprünglichen Altbaumes ersetzt. Erst in Jahrzehnten werden sie wieder als Lebensstätten für die Fauna nutzbar sein. Ob sie dieses Alter je erreichen, steht bei aktuellem Verkehr, Schadstoffen, unsachgemäßer Pflege sowie dem Wegesicherungsaktivismus in den Sternen! Als ob das noch nicht genügen würde, werden die Bäume im Verhältnis 4:1 ausgeglichen. Nein nicht für jeden gefällten wertvollen Habitatbaum werden 4 neue gepflanzt - umgekehrt wird ein Schuh daraus. Für jeweils 4 gefällte Bäume pflanzen wir einen nach. Die Logik dahinter, gerade im Hinblick auf Nachhaltigkeit, erschließt sich mir nicht und ich habe eine Weile darüber nachgedacht. [...]

In der letzten Stadtverordnetenversammlung nahm das Thema Baumschutz erneut einen gewissen Raum ein. Man merkt, daß die Bürgerinnen und Bürger langsam sensibel werden, weil die Fällquoten in den letzten Jahren doch ziemlich angestiegen sind. Otto Baaz kritisierte in der Einwohnerfragestunde den derzeit praktizierten Baumschutz in Eberswalde und schlug vor, die Stämme der zu fällenden zwei Platanen in der Freienwalder Straße aufgrund ihres hochwertigen Holzes wenigstens



einem werthaltigen Zweck zuzuführen. Sitzbänke könnten gebaut und im Bereich des Finowkanals aufgestellt werden. Eine Option zur Verbrennung im HoKaWe. Nach der mehr oder minder verhaltenen Reaktion des Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff ist jedoch fraglich, ob diese gute Idee von der Verwaltung tatsächlich aufgegriffen und umgesetzt wird.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Alte Bäume an öffentlichen Verkehrswegen, die ihren Zenit überschritten haben, nachweislich durch korrekte Gutachten (nicht Gefälligkeitsgutachten!) morsch und brüchig sind und zur Gefahr für Leib, Leben und Sachgegenstände werden können, sind auf Grundlage der Verkehrssicherungspflicht so zu behandeln, daß sie keinen Schaden anrichten können. Als letzte Alternative bleibt die Fällung. Beispiel: Die beiden alten Linden auf der kleinen Grünfläche Goethestraße/Ecke Schweizer Straße (»5 Linden-Platz«), die ich mir aus nächster Nähe angeschaut habe. Im Stammfußbereich hatten diese Fäulnis, waren hohl und wiesen möglicherweise eine zu geringe Restwandstärke auf. Die Stadt dürfte in diesem Fall jedenfalls korrekt gehandelt haben.

Nicht fachgerecht im Sinne des Baumschutzes hingegen war das Handeln der Stadt hinsichtlich der Kappung einer Reihe von Eschenahornen in der Georg-Friedrich-Hegel Straße (zwischen Parkplatz und Straße). Nach dem Radikalschnitt im oberen Stammbereich trieben alle Bäume aus. Doch bei einigen wanderten schließlich holzerstörende Baumpilze (s. Foto) in die offenen Schnittstellen ein. Diese Bäume müssen nun entfernt werden. Wahrscheinlich wird es in den nächsten Jahren noch weitere dieser Eschenahorne treffen. Spätestens dann, wenn die regelmäßigen Pflegeschnitte zur Entfernung der starken Äste vorgenommen werden müssen, damit die gekappten Bäume nicht auseinanderbrechen. Das Le-

bensalter dieser Eschenahorne wurde durch eine falsche Behandlung erheblich herabgesetzt.

Ähnliche Fälle gab es vor wenigen Jahren in der Finow-Kastanienallee (und Nebenstraßen), die Dr. Günter Riedel, Albrecht Triller und ich an die Öffentlichkeit gebracht haben. Hier wurde bei den Kastanien und Linden im Zuge der Entfernung von Kronenholz so tief ins Stammholz geschnitten, daß holzerstörende Baumpilze (u.a. der Gemeine Spaltblätling) einwandern konnten. Auch diese Bäume starben nach der Verstümmelung ab.

Für die Pflege der o.g. »Ersatz«pflanzungen sucht das Bauamt nun händerringend Baumpaten, die diese Jungbäumchen gießen. Ehrenamtliches Engagement hierzu rechne ich hoch an, doch bin ich gleichsam der Auffassung, daß sich die Stadt Eberswalde bei der Bewässerung nicht aus der Verantwortung ziehen kann. Bei einigen Neupflanzungen vermisste ich bislang das regelmäßige Wässern, insbesondere in der trockenen Jahreszeit. Schütterte Belaubungen im Hochsommer sind Idizien dafür.

Traditionell hat Eberswalde ein grünes Image. Obzwar die forstwissenschaftlicher Forschung nach der Wende bedauerlicherweise kontinuierlich abgebaut wurde, erfuhr die Waldstadt erfreulicherweise eine Aufwertung durch die Ernennung der Fachhochschule zur Hochschule für nachhaltige Entwicklung. Der Stadt würde es gut zu Gesicht stehen, ihr grünes Image zu pflegen und weiter aufzubauen. Dazu gehört ein Grünflächenkonzept, welches umfassend den Baumschutz (Bedarf, Baumartenauswahl, Standorte, Pflege etc.) und die nachhaltige – ökonomisch und ökologisch ausgeglichene – Bewirtschaftung der Waldflächen des Stadtforstes einschließt.

Dies würde eine gute Ergänzung zu den kürzlich verabschiedeten konzeptionellen Richtlinien zu Kultur und Barrierefreiheit darstellen und Eberswalde auf den richtigen Weg in die Zukunft begleiten. Weiterhin sollte in den Fraktionen dafür geworben werden, einen unabhängigen städtischen Umweltbeirat ins Leben zu rufen. Gerade in der Naturwissenschaftsstadt Eberswalde sollte es an Fachleuten nicht mangeln, die bereit wären, diesbezüglich ehrenamtliche Aufgaben gern zu übernehmen.

Dr. ANDREAS STEINER,

Stellv. Fraktionsvorsitzender der

Eberswalder Stadtfraktion B' 90/Die Grünen

Tolstoi gehört zu den bedeutendsten Schriftstellern der Weltkultur, doch soll hier nicht von Literatur die Rede sein. Es mag genügen, an die psychologisch einfühlsam gestalteten Figuren von »Krieg und Frieden« zu erinnern, an Andrej Bolkonski, seine Schwester Marja, an Natascha Rostowa und Pierre Besuchow. Den Vertretern des herrschenden Adels – gutmeinend, aber hilf- und ratlos die einen, andere kalt und zynisch – stellte Tolstoi mit dem Soldaten Platon die selbstverständliche Menschlichkeit und Lebensklugheit eines russischen Bauern an die Seite. Schon in den »Sewastopoler Erzählungen« hatte seine Sympathie den einfachen Soldaten, seine Kritik überheblichen, gefühllosen, unfähigen, verantwortungslosen adligen Offizieren gegolten. Die Konfrontation mit dem städtischen Elend im Moskau des beginnenden Kapitalismus löste dann die Lebenswende aus. In der Selbstkritik der »Beichte« von 1882 und in den folgenden Jahren brach er mit allem, was das Leben seiner Klasse ausmachte, mit der seichten Geselligkeit der »Gesellschaft«, den Konventionen, dem Militär, später selbst mit Kunst und Literatur, schließlich mit der bürgerlichen Ehe und der herrschenden Kirche. Der radikale Bruch begann während tiefen Krise der Monarchie, in den Jahren der Zarenattentate.

In Tolstois Lebenszeit fällt nicht nur der grandiose Vorstoß russischer Literatur, Musik und bildender Kunst zur europäischen Spitze, sondern auch die unaufhaltsame Entwicklung der russischen Revolution (siehe Chronik). Nach deren erstem Anlauf, dem antifeudalen Offiziersaufstand der Dekabristen von 1825, versuchten die Narodniki, die Volkstümmler der Gesellschaft »Land und Freiheit« (Semlja i Wolja) unter den Bauern eine Basis für sozialen Wandel zu schaffen. Alexander II., der »Zar Befreier«, hatte zwar 1861 die Leibeigenschaft aufgehoben, aber die Mehrheit der Bauern blieb – politisch unmündig – feudaler wie hinfert kapitalistischer Ausbeutung unterworfen. Man lese Vera Figners Erinnerungen¹: selbst die ganz unpolitische, opfervolle Tätigkeit junger Medizinerinnen als Arzthelferinnen und Hebammen auf dem Lande war verdächtig und wurde unterbunden. Die Selbstherrschaft unterdrückte oppositionelle Regungen mit blinder Gewalt. In dieser Situation passierte das gleiche wie fast genau hundert Jahre später im »Deutschen Herbst«. Die radikalsten, verzweifeltsten Teile der Bewegung wurden militant. Dem Terror der Regierung wurde mit Terror geantwortet. Die Narodowolzen jagten den Zaren förmlich und töteten ihn im März 1881 nach mehreren sensationellen Attentatsversuchen. Im Ergebnis zerschlug die Regierung die Narodnaja Wolja. Sonst änderte sich nichts; keines der Reformziele wurde erreicht. Dennoch muß man dem Mut, der Selbstlosigkeit und grenzenlosen Leidensbereitschaft dieser Generation junger Rebellen Respekt zollen, die den Tod oder, wie Vera Figner, jahrzehntelange Festungshaft auf sich nahmen.

Tolstoi. Tod eines Dichters

Teil 1: Tolstoi in seiner Zeit

Am 20. November 1910 - vor 100 Jahren - starb Lew Nikolajewitsch Tolstoi. Der junge Graf meldete sich 1851 freiwillig zum Armeedienst im Kaukasus und nahm dann am Krimkrieg teil: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ist der bewunderte Dichter zum Symbol des Pazifismus für Europa und die Welt geworden.



Tolstois Grab in Jasnaja Poljana.

Kein Zweifel, Tolstois Sympathie galt den Volkstümlern. Ihre sozialen Ziele waren auch die seinen – echte Befreiung der Bauern, Bildung, Beseitigung von Not und Elend. Aber sein Weg war nicht der der Terroristen. Gewalt gegen Gewalt setze selbst ins Unrecht, so dauere die Gewalt fort. Unrecht sei zu dulden, der Bergpredigt müsse gefolgt werden. »Niemand – vielleicht mit Ausnahme Homers – hat die berückende Lockung ... den Begeisterungstau mel des 'männermordenden Kampfes' so empfunden und gestaltet wie der Offizier Leo Tolstoi – niemand unter den Dichtern ist so konsequent den Weg zum absoluten Pazifismus bis ans Ende gegangen.«² Die russische Revolution konnte diesem Weg nicht folgen, nicht die erste von 1905, die Tolstoi erlebte, nicht die zweite von 1917/18, in der sich die Bauern in entschlossener Wut das Land nahmen, das ihnen der »Zar Befreier« und der Adel entwendet hatten.

Die Gesundung der Gesellschaft erhoffte Tolstoi vom Verzicht. »Der Angelpunkt des Übels ist der Besitz. Der Besitz ist ja nur das Mittel, um aus der Arbeit der anderen Genuß zu ziehen« (Was sollen wir denn tun? 1886). Das sagte sich leicht, wenn die Gräfin, Sofija Andrejewna, den Besitz erfolgreich verwaltete. Da mochte der Graf in der Dorfschule lehren, im Bauernhemd mit Bauernkost leben, seine Stie-

fel selbst besohlen. Das war nur Dekoration. Es reichte auch nicht zum Märtyrer. Der Heilige Synod hatte den Ketzer exkommuniziert, für den Jesus einfach Mensch war – Mensch im höchsten Sinne, dem man nachfolgen mußte. Das ja. Aber der Zar wollte den Dichter (und Standesgenossen), über dessen Sewastopoler Erzählungen der Monarch Tränen vergossen haben soll, nicht wie Dostojewski in die Verbannung schicken. Ein übriges tat vielleicht die Bewunderung und Verehrung der Intellektuellen Europas, die Jasnaja Poljana zum Wallfahrtsziel machten. Tolstoi, ehrlich gegen sich selbst, verhehlte sich den Widerspruch zwischen Existenz und Anspruch des Rebellen nicht. Ihn aufzuheben, hieß dieser komfortablen Existenz zu entsagen, aus ihr zu fliehen. Es geschah folgendes:

»Auf seiner Flucht, im Eisenbahnwagen dritter Klasse, bei der ihn ein Arzt und seine Lieblichstochter begleitet hatten, war er nicht weit gekommen, jedenfalls nicht bis in den Kaukasus, sondern nur bis zur kleinen Bahnstation Astapowo. Im Zug schon war er erkrankt, Lungenentzündung hatte ihn niedergeworfen, da lag er, im Zimmer des Bahnhofsvorstehers, und seine Frau, die Gräfin, die nach seiner Flucht einen Selbstmordversuch unternommen hatte, durfte nicht zu ihm, es hätte ihn zu sehr aufgeregt; sie ließen sie nicht ans Sterbelager, die Freunde...«² Die Erschütterung, namentlich der europäischen Intelligenz war ungeheuer. Maxim Gorki: »Es hat mich ins Herz getroffen, ich habe laut geweint vor Zorn und Wehmut«; Romain Rolland: »Das Licht, das mit Tolstoi erlosch, war für unsere Generation das klarste, das unsere Jugend erhellte...«

Bald nach Tolstois Tod stürzte Europa in einen Strudel imperialistischer Kriege: 1911 Zweite Marokko-Krise, 1911/12 erobert Italien das türkisch regierte Libyen, 1912/13 die Balkankriege, 1914 Weltkrieg. Namhafte Vertreter des Pazifismus und der proletarischen Friedensbewegung wurden verfolgt oder ins Exil getrieben – im Juni 1914 starb Berta von Suttner, im August wurde Jean Jaurès in Paris ermordet, Romain Rolland (Friedensnobelpreis 1916) und Leonhard Frank gingen in die Schweiz, wo auch Lenin lebte, Liebknecht kam ins Gefängnis. War die Idee des Pazifismus tot? Gedanken zum Erbe Tolstois und Literaturnachweise bringt Teil 2 des Artikels.

ROLF RICHTER,

Bündnis für den Frieden Eberswalde

- 1 – FIGNER, Vera: Nacht über Rußland. Lebenserinnerungen. Berlin/DDR 1985
- 2 – ERNÉ, Nino: Die großen Dichter des Abendlandes. Hamburg 1960 (darin Abschnitt »Tolstoi«)

Tolstoi. Chronik seiner Zeit

- 1825 Offiziersaufstand der Dekabristen. Puschkin: Boris Godunow
1828, 9. September: Tolstoi auf Jasnaja Poljana (Gouvernement Tula) geboren.
 1831 Puschkin: Eugen Onegin, Belkins Erzählungen;
 1833 Puschkin: Pique Dame
 1836 Gogol: Der Revisor, Glinka*: Iwan Sussanin
 1837 Tod Puschkins im Duell. Lermontow wg. Gedichts auf Puschkins Tod in Kaukasus verbannt.
 1841 Gogol: Der Mantel
1844/47 Studium, Universität Kasan.
 1848 Revolution in Mitteleuropa. Marx&Engels: Kommunistisches Manifest.
 1849 Marx: Lohnarbeit und Kapital. Dostojewski und andere Petraschewzen zum Tode verurteilt, zu Zwangsarbeit in Sibirien begnadigt.
1851 Militärdienst im Kaukasus.
1852 »Kindheit« Erstlingserfolg
 1852 Turgenjew wegen Nachruf auf Gogol 2 Jahre verbannt
1854/55 Teilnahme als Offizier am Krimkrieg (1853/56).
1855/56 »Die Kosaken«, »Sewastopoler Erzählungen«
 1855 Zar Alexander II. übernimmt Herrschaft,
 1856 Amnestie u. Rückkehr der überlebenden Dekabristen.
 1859 Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Rückkehr Dostojewskis aus der Verbannung.
1857/60 Auslandsreisen (Frankr., Italien, Dtl., England, Belgien). Tolstoi befreit seine Bauern.
1859 Schulgründung auf seinem Gut. Zeitschrift »Jasnaja Poljana«
 1860/61 Dostojewski: Aufzeichnungen aus einem Totenhaus, Erniedrigte und Beleidigte
 1861 Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland durch Alexander II.
1862 Heirat mit Sofija Andrejewna Behrs.
 1862 Turgenjew: Väter und Söhne. Semstwo- u. Schulreform. 1862/83 Verbannung von Tschernyschewski - »Was tun?« (1863)
1863/69 »Krieg und Frieden«
 1863/64 Polnischer Aufstand.
 1866 Dostojewski: Schuld und Sühne
 1867 Marx: Das Kapital Bd. 1
 1868 Dostojewski: Der Idiot
 1872 Dostojewski: Die Dämonen, nach Vorbild des Volkstümlers Netschajew (1847-1888)
 1873 Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie. Mussorgski*: Boris Godunow: Bilder einer Ausstellung
1873/77 »Anna Karenina«
1874 »Über Volksbildung«
 1874 Narodniki –Zug ins Volk
 1876 Organisation Semlja i Wolja (Land u. Freiheit). Tschaikowski*: Schwanensee
 1877 Vera Sassulitsch erschießt den Petersburger Stadthauptmann Trepow.
 1877/78 Russisch-Türkischer Krieg.
 1879 Spaltung von Semlja i Wolja. Terroristische Strömung Narodnaja Wolja (Volkswille). Eisenbahnattentat von Narodnaja Wolja auf den Zug Alexanders II. scheitert. Tschaikowski*: Eugen Onegin, Violinkonzert.
 1880 Explosion im Winterpalais. Dostojewski: Die Brüder Karamasow. Repin**: Verhaftung des Propagandisten
 1881 Narodnaja Wolja ermordet Alexander II.
1881 Tolstoi beteiligt sich in Moskau an der Volkszählung u. erlebt das ungeheure soziale Elend des Volkes.
1882 »Meine Beichte«
 1883 Tod von Karl Marx.
 1885 Marx&Engels: Das Kapital Bd. 2
1886 »Was sollen wir denn tun?«, »Die Macht der Finsternis«
 1887 Rückversicherungsvertrag Bismarcks mit Rußland. Surikow**: Bojarin Morosowa.
1887/89 »Der Tod des Iwan Iljitsch«, »Die Kreuzersonate«
 1888 Tschaikowski*: 5. Sinfonie
1889/1899 »Auferstehung«, Kirchenausschluß durch den Heiligen Synod.
1890 »Die Früchte der Bildung«
 1890 Borodin*: Fürst Igor. Tschaikowski*: Pique Dame, Dornröschen
 1892 Gorki: Makar Tschudra. Tschaikowski*: Der Nußknacker. Transsibirische Eisenbahn (b. 1916)
 1894 Plechanow: Anarchismus und Sozialismus. Alejchem: Tewje der Milchmann
 1896 Tschechow: Die Möwe; 1897 Gorki: Konowalow. Lenin verbannt (b. 1900)
 1899 Gorki: Foma Gordejew
1900 »Der lebende Leichnam«
 1902 Vera Figner, Überlebende von Narodnaja Wolja, nach 22 Jahren Festungshaft entlassen.
 1902/03 Gorki: Nachtasyl, Die Kleinbürger, Das Lied vom Sturmvogel. Lenin: Was tun?
1904 »Hadschi Murat«
 1904/05 Niederlage im Krieg gegen Japan, Revolution. Tschechow: Der Kirschgarten.
 1906 Stolypinsche Agrarreform, 1. Reichsduma. Gandhi führt erstmals gewaltlosen Widerstand (Satyagraha) gegen Rassendiskriminierung in Südafrika. Gorki: Die Mutter, Korolenko: Geschichte meines Zeitgenossen.
1908 »Ich kann nicht schweigen«
1910 Tod Tolstois

* Musik; ** Bildende Kunst

Radikaler Ansatz nötig

Anläßlich der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitäts-Konvention in Japan veröffentlicht die UN eine Studie über biologische Vielfalt im Zeitalter der Globalisierung. Mitherausgeber ist Pierre Ibisch, Professor am Fachbereich Wald und Umwelt der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde.

Die Studie entstand in Kooperation mit der Universität Montreal und dem Writtle College von der Universität Essex. Sie befaßt sich mit den komplexen Zusammenhängen zwischen biologischer Vielfalt und menschlicher Entwicklung unter dem Einfluß des globalen Wandels. Die Autoren der internationalen Bildungs- und Forschungseinrichtungen kritisieren, daß sich Forscher und politische Entscheidungsträger häufig auf isolierte Details konzentrieren und nicht den komplexen Charakter des Erdsystems berücksichtigen.

Ein Beispiel: Die Umweltkosten für den hohen Lebensstandard in wohlhabenden Ländern werden in vielen Fällen in ärmere Länder exportiert, in denen sich die Ökosysteme noch durch eine vergleichsweise hohe Produktivität auszeichnen. Deutschland kann zum Beispiel unter anderem auch deshalb seine großen Waldflächen erhalten – immerhin 30 Prozent der Landesfläche – weil es von der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen profitiert, die andere Länder bereitstellen. Auf der anderen Seite leiden Staaten, die ihre Umweltkosten nicht kompensieren können unter sinkender Funktionstüchtigkeit ihrer ökologischer Systeme. Staaten wie beispielsweise Madagaskar, können den Verlust heimischer Ökosystemleistungen nicht durch Handel und Übertragung von Umweltkosten auf andere Staaten ausgleichen. Aus Sicht der Forscher besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der akuten politischen Instabilität des Landes und seinem Verlust an biologischer Vielfalt und Ökosystemdienstleistungen.

Prof. Ibisch: *»Radikales Denken und radikale Ansätze sind nötig, um den Herausforderungen vom Wachstum der Bevölkerung mit immer schneller wachsenden Bedürfnissen und Ansprüchen sowie den steigenden Problemen des globalen Umweltwandels zu begegnen. Zu oft sind bei der Debatte um den Erhalt der biologischen Vielfalt einzelne Symptome im Blick statt die komplexe Krankheit zu betrachten.«*

Die Autoren der Studie fordern ein weitaus radikaleren Ansatz zur Bewahrung der Biodiversität. Im Rahmen eines »Radikalen Ökosystemansatzes« sollten sich nach Ansicht der Autoren die Bemühungen viel stärker auf die zugrunde liegenden Ursachen von nicht nachhaltiger Entwicklung konzentrieren. Koautor Dr. Peter Hobson vom Writtle College: *»Wir müssen viel systematischer aus der Untersuchung natürlicher komplexer Systeme lernen, wie nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann.«*

Dr. GABRIELE MITTAG

<http://www.cbd.int/doc/publications/cbd-ts-54-en.pdf>

Der Abstieg eines Kriegerstaates

Heute werden Kriege demokratisch geführt. Über den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch und anderswo entscheidet offiziell der Bundestag – wengleich gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit des deutschen Volkes. Wer die aktuelle politische Weltlage in ihrer ganzen Explosivität begreifen will, der muß sich mit der europäischen Krise des Jahres 1914 beschäftigen. Unheilvolle Parallelen drängen sich dabei auf.

Wichtige Entscheidungen fielen damals ganz in der Nähe von Eberswalde. »Im Juli 1914 berührte die deutsche Reichspolitik Hohenfinow«, heißt es dazu in der Ortschronik von Hohenfinow, die 2007 anlässlich 750. Ortsjubiläums erschien. Der Hohenfinower Gutsherr Theobald von Bethmann Hollweg war seit 1909 Reichskanzler. Im Juli 1914 war die Reichsregierung im Sommerurlaub und Bethmann Hollweg weilte auf seinem Schloß in Hohenfinow. Über eine Telegraphenstation im Schloß hielt er den Kontakt mit Kaiser Wilhelm II., den Regierungsstellen in Berlin und der Militärführung. »Akten wurden von und nach Berlin zur Bearbeitung gesandt. Des Reichskanzlers Expreszug stand im Bahnhof Niederfinow bereit.« Am 25. Juli 1914 verließ Bethmann Hollweg Hohenfinow. Am 1. August proklamierte Wilhelm II. die Generalmobilachung...

Ein 2009 in zweiter Auflage erschienene Aufsatzband aus dem Jahr 1983 über die deutsche Hegemonialpolitik liefert komplexe Einsichten zur Vorgeschichte und zu den Ursachen des Ersten Weltkriegs. Dabei wird das teilweise verwirrende Spektrum des innenpolitischen Kräftespiels im Deutschen Reich akribisch herausgearbeitet. Autor ist der Historiker und Publizist Bernd F. Schulte, ein Schüler des berühmten Hamburger Zeitgeschichtlers Fritz Fischer. »Dieser Band faßte 1982/83 jene Fragen

und Antworten zum Forschungsstand ›Erster Weltkrieg‹ zusammen, die in der damaligen westdeutschen Geschichtsschreibung nicht zur Kenntnis genommen wurden«, heißt es in der Vorbemerkung zur Neuauflage. Die von Schulte in seiner Einleitung zur Erstauflage konstatierte »Tendenzwende innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft, weg von einer progressiven Interpretation (Theorie-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte) zurück zu der traditionellen, neubelebten Diplomatiegeschichte alter Prägung in einer ›neuen politischen Geschichte‹, unter Verwendung modisch gewordener Versatzstücke aus der Politikwissenschaft (›Polykriatielehre‹)«, hat längst, spätestens aber im Gefolge der Abwicklung der DDR-Geschichts-Wissenschaft, alle Bereiche der historischen Forschung erfaßt. Die offiziöse »historische Analyse«, die sich in Schultes Worten 1983 noch »anschießt(e), in die Diktion apologetischer, letztlich das Schicksal bemühender Erklärungsversuche zurückzufallen«, hat diesen Anpassungs- und Verfallsprozeß inzwischen weitgehend vollzogen.

Ausgangs- und Orientierungspunkt von Schultes Aufsätzen bildet die sogenannte Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre. Fischers Arbeiten beruhten auf akribische Quellenrecherchen, vor allem der gründlichen Auswertung der Akten des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei. Im Potsdamer Zentralarchiv war er auf das »Septemberprogramm« des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg aus dem Jahr 1914 gestoßen, das in Erwartung eines raschen deutschen Sieges weitreichende Annexionen in Frankreich und den Beneluxstaaten sowie koloniale Inbesitznahmen in Zentralafrika vorsah. Dieses Programm, schrieb Fischer, stellte »keine isolierten Forderungen des Kanzlers dar, sondern repräsentierte Ideen führender Köpfe der Wirtschaft, Politik und des Militärs«, die darin formulierten Richtlinien seien »im Prinzip Grundlage der gesamten deutschen Kriegszielpolitik bis zum Ende des Krieges« gewesen (Griff, Sonderausgabe 1967, S. 95). Fischer widersprach damit der damals in der BRD verbreiteten Auffassung, Deutschland sei rein defensiv in den Krieg »hineingeschlittert«.

Wie Bernd F. Schulte nachweist, lief das Konstrukt der »Policy of Pretension«, der deutschen Hegemonialpolitik, seit 1905 nahezu zwangsläufig früher oder später auf einen Kriegsschluß hinaus. Vor dem Hintergrund des militärischen Zusammenbruchs der Türkei im 1. Balkankrieg 1912 wurden die Weichen endgültig auf einen Krieg ab 1914 gestellt. Bereits am 20. Januar 1913 stellte der Generalstab den »Aufmarschplan Deutschlands« in einem Dreibundkrieg fertig. Im Juni 1913 folgte die »Große Heeresvermehrung«, nach Schulte



Bernd F. Schulte:
Deutsche Policy of Pretension – Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871–1914.

Books on Demand,
Norderstedt 2009,
396 Seiten, 22,80 Euro.
Hamburger Studien
zu Geschichte und
Zeitgeschichte,
Reihe II, Band 1.
ISBN 978-3837022513

nichts anderes als die »Vorbereitung der Armee für den großen Krieg mit den Flügelmächten Frankreich und Rußland und damit zugleich für den europäischen Krieg, der in neunzig Prozent zum Weltkrieg führen würde«. (S. 37)

»Nicht ausschließlich Wilhelm II.«, das zeigen laut Schulte »die Quellen zu den Krisenkonferenzen in Springe und Berlin, sondern der Verbund von Politik und den Kräften der kaiserlichen Umgebung, das heißt des Hofes (mit ›Maison Militaire‹), der Militärs, aber auch der Vertreter der ›pressure groups‹ aus Industrie, Landwirtschaft und Bürokratie bestimmten den Kurs der deutschen Politik.« (S. 344) Völlig widersinnig sei daher die dem traditionellen Ansatz zugrundeliegende Annahme, »die ›au fond‹ friedensliebenden Führungseliten des Kaiserreichs seien unter dem Druck einer kriegswilligen Öffentlichkeit letztlich zum Kriege gezwungen worden«, urteilt der Autor und schließt: »Eine solche Geschichtsschreibung stellt die historische Wirklichkeit auf den Kopf.« (ebd.)

In weiteren Aufsätzen geht Schulte der Frage nach, warum das Deutsche Reich im Weltkrieg nicht den von den Führungseliten in Wirtschaft, Militär und Politik erwarteten militärischen Erfolg erzielte. Laut Schulte ist dies insbesondere in den tiefer liegenden strukturellen Defiziten des deutschen Staatswesens und dessen Streitkräften – etwa hinsichtlich Ausbildungsstand und Waffentechnik – begründet. In überlebten gesellschaftlichen Strukturen erstarrt, habe die politische und militärische Führung die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ein nur mittelmäßiges Management habe schließlich Fehlschläge wie die Marneschlacht verursacht, die irreparabel waren. Den Fokus richtet der Autor auch auf den – angesichts von Staatsstreich-, Anarchismus-, Streik-, Revolutions- und Bürgerkriegsdrohung – von den kaiserlichen Militärbehörden immer schärfer konturierten Sicherheitsaspekt, der im Hinblick auf die deutschen Kriegsvorbereitungen analysiert und ausgeleuchtet wird.

Dieser Beitrag beruht maßgeblich auf der Rezension von ALEXANDER BAHAR in der Tageszeitung »Junge Welt« vom 1. September 2010

Barnimer Kulturpreis 2010

Kreistagsfraktion und Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen loben auch in diesem Jahr wieder den Barnimer Kulturpreis aus. Der Preis ist mit 750 Euro dotiert. Finanziert wird der Preis durch bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete, die dafür ihre Aufsichtsratsbezüge zur Verfügung stellen.

Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die einzureichenden Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung der Ziele und Ergebnisse sowie des Zeitraums der Aktivitäten enthalten.

Die Vorschlagsunterlagen sind bis zum 15. November in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Straße 2, 16225 Eberswalde einzureichen.

Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, bestehend aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Kulturbereich.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Sprecher des Kreisverbandes Bündnis 90/Grüne

Frieden war Verfassungsgrundsatz

7. November – von den Jüngeren weiß heute kaum noch jemand etwas mit dem Datum anzufangen. Der Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – die »Zehn Tage« im Petrograd des Jahres 1917, welche »die Welt veränderten« (John Reed) – sind aus dem offiziellen Feierkalender gestrichen.

Ich erinnere mich an die Zeiten, als zum 7. November von Berlin bis Wladiwostok die Flaggen wehten, viele Menschen mit einer ganz besonderen, feierlichen Stimmung die Straßen füllten. Ich persönlich zog es vor, an solchen Tagen mit den Kindern nach Berlin zu fahren, wo wir diese Stimmung hautnah erleben konnten. Oft gab es Treffen mit Soldaten unserer Volksarmee und der Sowjetarmee. Für die Kinder war die Technik interessant. Die Gespräche der Erwachsenen galten den Themen Frieden und Freundschaft.

Mit neuer Zuversicht erfüllt fuhren wir nach solchen Tagen wieder nach Hause, wußten wir doch, daß uns diese – unsere – Soldaten zuver-

lässig schützen und alles tun würden, den Frieden zu erhalten. So erfuhren schon unsere Kinder, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf und dies in der DDR gesichert war.

In der DDR war der Wille zum Frieden als Verfassungsgrundsatz festgeschrieben. »Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen«, hieß es beispielsweise im Artikel 8 der Verfassung.

Im BRD-Grundgesetz sucht man eine solche Formulierung vergebens. Inzwischen geht wieder Krieg von deutschem Boden aus. Ich hoffe nur, daß Frau Merkel und die Abgeordneten des Bundestages nicht am Sonntag in die Kirche gehen und am Montag den nächsten Kriegseinsatz in Afghanistan beschließen – gegen die Interessen und den Mehrheitswillen unseres Volkes.

NORBERT GLASKE

Totentrompete und Fliegenpilz

Als die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. mit Peter Stegemann die Pilzwanderung abstimmten, war Ihnen noch nicht klar, das sie damit den Nerv vieler treffen würden. Es kamen 73 interessierte Bürger aus Bad Freienwalde, Eberswalde, dem Umland und aus Berlin. Das war selbst für Peter Stegemann etwas besonderes. Die Teilnehmer wurden in zwei Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe führte Herr Stegemann und die andere seine Frau.

Erst dachte man, es gibt kaum Pilze zu entdecken, aber die Sachkenntnis der Pilzspezialisten zeigte immer wieder, wie wenig man doch über Pilze Bescheid weiß. Wer denkt schon bei der Totentrompete an einen hervorragenden Speisepilz. Zumal das Aussehen des Pilzes seinen Namen erklärt. So erfuhren die Anwesenden, daß die Totentrompete ein Mykorrhizapilz (als Mykorrhiza bezeichnet man eine Form der Symbiose von Pilzen und Pflanzen, bei der ein Pilz mit dem Feinwurzelsystem einer Pflanze in Kontakt ist) hauptsächlich der Rotbuche ist. Entsprechend der Wirtsbaumpräferenz kommt die Totentrompete in Buchen und Buchen-

Tannenwäldern mit frischen Böden, die nährstoffarm, aber mäßig bis gut mit Basen versehen sind. Grundgesteine für solche Böden können Kalk, Kalksand, Basalt oder Mergel sein. Die Fruchtkörper erscheinen ab Mitte August, vor allem im September und Oktober. Man erkennt die Totentrompete daran, das ihr Hut einen Durchmesser von 1 bis 12 cm hat und hohl und trompetenartig (wellig) geformt ist. Die Hutoberfläche ist rußgrau bis schwarz sowie filzig und schuppig. Die Außenseite des Pilzes ist meist in einem helleren Grau gefärbt.

Also wurden die Körbe fleißig gefüllt und am Ende des Spazierganges an der Köhlerei durch Peter Stegemann inspiziert und der Inhalt erklärt. Am Ende war eine kleine Ausstellung zusammengetragen, die noch lange bestaunt wurde. Für die tolle, sehr interessante Führung bedankten sich die NaturFreunde mit einem Präsentbeutel. Familie Stegemann erklärte sich bereit, auch im nächsten Jahr wieder für eine Pilzwanderung zur Verfügung zu stehen.

BERND MÜLLER,
NaturFreunde Oberbarnim e.V.

Die Mauer sollte bleiben

Feste soll man feiern wie sie fallen, sagt man. In der lokalen Tageszeitung war zu lesen, daß dafür zunehmend auch das mit großem finanziellen Aufwand an Steuergeldern geschaffene Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel genutzt wird (»Eberswalde: Auf Kritik prompt reagiert«, MOZ v. 23./24.10.2010). Eine gute Nachricht. Selbstverständlich sollten die allgemeinen üblichen Ruhezeiten nach Möglichkeit eingehalten werden. Wobei seitens der Anlieger sicher ein gewisses Maß an Toleranz vorausgesetzt werden kann – doch sollte das nicht überstrapaziert werden.

Der Geruch von Grillwürsten kann, wenn man von den Würsten nichts abbekommt, einen gewissen Neid hervorrufen. Statt sich bei der Stadtverwaltung zu beschweren, wäre dem Beschwerdeführer Herrn Schulz beim nächstenmal eher zu empfehlen, bei den Grillern anzufragen, ob sie als Satisfaktion ein Würstchen über die Mauer reichen würden. Ganz nebenbei würde ein solches Ansinnen die zwischenmenschliche Kommunikation im Viertel fördern.

Die Aussage des Ersten Beigeordneten, »die Mauer kommt weg«, mag 20 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD als populär gelten. Im konkreten Fall erscheint diese Aussage jedoch als Überreaktion. Warum sollen nicht »fünf- bis zehnjährige Fußballer« die Einfriedung des Gemeindezentrums als Bolzwand nutzen dürfen? Fünf- bis Zehnjährige bolzen bestimmt nicht bis nach 22 Uhr. Hat Herr Schulz keine eigenen Kinder gehabt? Macht er sich Gedanken, wo diese Kinder, die er nicht vor seinem Balkon haben mag, spielen sollen? Kann er sich nicht einfach am Spiel der Kinder erfreuen? Weiß er nicht, daß es diese Kinder sind, die ihm bald die Rente erarbeiten sollen?

Lieber Herr Landmann, bitte lassen Sie diese Mauer stehen. Oder organisieren Sie für die Kinder in der Nähe einen alternativen Bolzplatz. Vielleicht hilft Ihnen Herr Schulz dabei, einen geeigneten Platz zu finden.

GERD MARKMANN

Dieser Beitrag ging als Leserbrief an die lokale Tageszeitung und wurde dort noch nicht veröffentlicht.

Es klappert die Mühle am Nonnenfließ

Rundwanderung (5 km) am 7. November

Aija Torkler empfängt die Gruppe an der Fachwerkkirche Tuchen und macht die Wanderfreunde mit Orts-, Kirchen- und Mühlengeschichte vertraut. Anschließend übernimmt Winne Mikeska die Rundwanderung zur Frostmühle (Neue Mühle) mit Begegnung am Oberlauf des Nonnenfließes, weiter vorbei an einem schön gelegenen Teich zur Mittelmühle und zum Lahmsee zur Neuen Mühle. Zu einem Pott Kaffee und einem Stück Obstkuchen kann dann über die Geschichten um die Neue Mühle geplaudert werden. Bitte anmelden unter 03344-333200! Treff: 13.30 Uhr Kirche, 16230 Breydin Ortsteil Klobbicke.

Es geschah an Sankt Martin...

Sagenhafte Wanderung am 11. November

In dieser Nacht soll der weiße Wassernix auf dem Baasee erscheinen. Entgegen der untergehenden Sonne wandern wir durchs Brunmental zum Teller und weiter durch den Wald der 1000 Augen in die dunkle Schlucht am Kesselmoor, wo die Wilde Jagd die Nacht erwartet. Vorbei an den Riesenlebensbäume geht es zum Baasee. Am Ilsetempel wird gemeinsam der Sage vom Köhlermädchen Ilse gelauscht. In der Waldschänke erwartet uns der Wirt mit Wilden Würsten, Kuchen und anderen Leckereien. Zurück geht es über den Siebenhügelweg. Bitte anmelden: 03344-333200! Treff: 13.30 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundbrunnenstr. 33, Bad Fr'walde.

Neugier - Liebe - Revolution. Mein Leben 1930 - 2010

ISBN 978-3-89793-248-7

Verlag Edition Ost/Verlag am Park, 380 Seiten, dabei Fotos aus meinem Archiv, einige von Freunden zur Verfügung gestellt, 22,90 Euro,

Erschienen kurz nach meinem 80. Wiegenfest; Politik, Philosophie und Geschichte – diesmal ganz persönlich, mit vielen Abenteuern und erlebten Paradoxien, auch mit Rechenschaft und Selbstkritik. Und mit Blick auf das Schönste im Leben. Geschrieben zwischen meinem 76. und 80. Jahr, da darf man auch mal persönlich werden. Meine Arbeit setze ich trotzdem fort.

Dr. RAINER THIEL

Musikschule wird zur Galerie

Die Räume der Musikschule Barnim in der Regionalstelle Bernau beherbergen ab sofort nicht nur junge Musikerinnen und Musiker, sondern dienen auch als Ausstellungsfläche. Den Beginn der Musikschulgeschichte als Galerie machte am 8. Oktober der Fotograf Micha Winkler mit seiner Ausstellung »Vibrationen – freie improvisierte Musik«.

»Das ist eine wunderbare und praktische Verbindung zwischen Musik und Kunst«, sagte der stellvertretende Landrat Carsten Bockhardt. Das Thema passe »hervorragend in die Musikschule und ich hoffe, daß diese und die folgenden Ausstellungen viele Menschen aller Generationen in die Musikschule locken werden«.

Der Förderverein der Musikschule Barnim lieferte die technische Ausstattung und rüstete Flure und den Konzertraum der Regionalstelle Bernau mit Bilderleisten aus und schaffte Wechselrahmen an. Die Idee, Musik und bil-

dende Kunst – Fotografie, Grafik & Malerei – miteinander zu kombinieren, stammt vom Musikschullehrer Andreas Borchert. Künstlerische Kooperationspartner der Musikschule werden unter anderen die Galerie Bernau, der Fotozirkel des Berufsbildungszentrums Bernau, die Frakima-Werkstatt Bernau und weitere ortsansässige Künstler sein. Natürlich soll auch der Malkurs der Musikschule selbst Gelegenheit erhalten, sein Schaffen zu präsentieren. Geplant sind etwa zwei Ausstellungen im Jahr.

Bis Ende des Jahres werden die Fotografien von Micha Winkler zu sehen sein. Der Berliner Fotograf stellt in »Vibrationen – freie improvisierte Musik« Musikerfotografien aus. Sie entstanden 1996 im Berliner Kreiskulturhaus Peter Edel während des Berliner Jazz Festivals.

MARIANNE SCHLESTEIN

Fotos in der Kleinen Galerie

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 3. November eröffnete die 260. Ausstellung der Stadt Eberswalde in der Kleinen Galerie (Sparkassenforum, Michaelisstr. 1) eröffnet – mit einer regionalen Auswahl von Fotos der 5. Landesfotoausstellung Brandenburg und Berlin. Veranstalter sind die Gesellschaft für Fotografie, Landesverbände Brandenburg und Berlin, unter Mitwirkung des Eberswalder Kulturbundes e.V. Die Ausstellung währt bis Ende Januar 2011.

Gedenken

anlässlich des Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 und der Verbrechen an jüdischen Menschen auch im Barnim.

9. November, jeweils 18 Uhr

Eberswalde, Gedenktafel in der Goethestraße Goethestraße am Ort der ehemaligen Synagoge. Der Ökumenische Arbeitskreis Eberswalde lädt dazu ein.

Bernau, Marktplatz. Das Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit Bernau lädt dazu ein. Anschließend besteht in der Galerie Bernau die Möglichkeit, sich bei einer Tasse Tee aufzuwärmen und auszutauschen.

20 Jahre nach der Hetzjagd

Donnerstag, 25. November, 19 Uhr

In einer Podiumsdiskussion zum Thema »20 Jahre nach der Hetzjagd – Rassismus damals und heute« erinnern sich Zeitzeugen, u.a. Altmuth Berger (Ausländerbeauftragte der letzten DDR-Regierung), Hans Mai (ehemaliger Eberswalder Bürgermeister), Augusto Jone Munjunga (Vorsitzender Palanca e.V.) im Eberswalder Studentenklub (Schicklerstraße 1) an die rassistische Hetzjagd auf Amadeu Antonio im Jahr 1990.

Dienstag, 6. Dezember, 17 Uhr

Gedenken am 20. Todestag von Amadeu Antonio Kiowa, Opfer rassistischer Gewalt, an der Erinnerungstafel vor dem ehem. Arbeitsgericht, Eberswalder Straße 26, Eberswalde. Vorbereitet u.a. von der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«

Anschließend findet ab 18 Uhr im Tourismuszentrum (Familiengarten) das Abendprogramm zur Gedenkfeier statt. Die Gedenkrede hält Wolfgang Thierse (stellvertretender Bundestagspräsident). Dazu gibt es Afrikanisches Essen, Musik, Tanz & Zeit für Gespräche. Gleichzeitig wird die erweiterte Ausstellung »Angolanische Vertragsarbeiter in Eberswalde« zu sehen sein. Vorbereitet u.a. vom Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V.

In eigener Sache

Wir bitten um Verständnis, wenn es bei unserer ausschließlich ehrenamtlich agierenden Abonnentenverwaltung und Verteilorganisation zuweilen zu Fehlern kommt. Bitte melden Sie Unregelmäßigkeiten der Redaktion. Wir kümmern uns nach Kräften, auch wenn für persönliche Antworten oft die Zeit fehlt.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Archiv (R.R.), Nowak, Markmann (3), Steiner, Triller (2)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluss: 30. Oktober 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 27.11.2010, 12 Uhr.